

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unser Kreuzband für Deutschland, Belgien, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Stellung und Krieger“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Sonnemelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Emdorf 292-295 Verlag: Emdorf 2506-2507

Sonnabend, den 6. September 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskontogesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Hauptzeile 0,70 Goldmark, Reklametexte 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (ausfüllig zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,26. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Weltfriedensfragen in Genf.

Schiedsgericht oder Garantiepakt? - Deutschland und der Völkerbund.

Die große Rede Herriots und die folgende Debatte stellen ebenso die Streitpunkte der Genier Weltfriedensdebatte klar wie den Weg zu ihrem Ausgleich.

Frankreich hat in seiner bisherigen Politik den machtpolitischen Gedanken vor den Gedanken des Schiedsgerichts gestellt, es hat sich durch ein Netz von Bündnissen gegen eine deutsche Revanche zu sichern versucht und ist mit den Bindungen dieser Politik belastet.

England vertritt die Bündnispolitik, die unter dem Namen von „Garantiepakten“ eine äußerlich modernisierte Form angenommen hat, und wünscht den Weltfrieden auf dem Wege eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrags zu sichern.

Die theoretische Frage ändert aber sofort ihre praktische Bedeutung, sobald Deutschland in das System der „Garantiepakte“ einbezogen wird. Dann ist Deutschland nicht mehr der zukünftige Feind, gegen den Bündnisse geschlossen werden, sondern es ist sozusagen selber „Verbündeter“ in einem großen Bund, der seine inneren Streitigkeiten nicht mehr mit der Waffe in der Hand, sondern auf schiedsgerichtlichem Wege zum Austrag bringen will.

Voraussetzung für eine solche Lösung ist Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Der amtliche englische Funkdienst verbreitet Gerüchte aus Genf, wonach die deutsche Regierung die Absicht haben soll, noch während dieser Session des Völkerbundes um ihre Aufnahme in den Völkerbund zu ersuchen.

Die „Telegraphen-Union“ läßt sich dazu von hiesiger zuständiger Stelle berichten, daß von einem solchen Ersuchen im Augenblick noch nicht die Rede sei. Es müßte vor diesem Schritt feststehen, ob Deutschland die seiner Bedeutung entsprechende Stellung im Völkerbund einnehmen würde.

Daß Deutschland vor seinem Aufnahmegeruch sich dessen vergewissern muß, daß es keine vorläufige Zurückweisung aus formalen Gründen und keine Hintanhaltung hinter die anderen großen Weltmächte zu befürchten hat, ist selbstverständlich. Aber zu solchen Sondierungen wäre längst Zeit gewesen, und die deutsche Regierung hätte auf diesem Gebiet bessere Gelegenheiten gehabt, ihre Geschicklichkeit zu beweisen als auf dem Gebiete der Kriegskriegspropaganda. Die bevorstehende amtliche Notifizierung der diesbezüglichen Regierungserklärung ist ein schlechter Ersatz für die Anmeldung zum Völkerbund. Denn diese deutsche Regierungserklärung ist kein aus der politischen Notwendigkeit des Augenblicks hervorgegangenes Dokument, sondern sie ist als unglückseliges Produkt eines schimpflichen innerpolitischen Schachergeschäfts der Regierung von den Deutschnationalen abgepreßt worden. Diese wiederum haben — das ist jetzt vollkommen klar — die deutsche Regierungserklärung in diesem Augenblick nicht gefordert aus außenpolitischen Gründen, sondern aus rein innerpolitischen, weil sie für ihren Unfalle eine Ausflucht brauchen.

Wenn in der Ära der Bürgerbloddiplomatie in diesem Stil Außenpolitik betrieben werden soll, so kann sich das deutsche Volk dafür bedanken. Die Regierung sollte es sich noch in letzter Stunde überlegen, ob sie das angekündigte überflüssige und nur den französischen Nationalisten willkommenen Theater mit der feierlichen Heberreichung ihrer schon längst veröffentlichten Erklärung wirklich aufzuführen will oder ob sie nicht lieber nach Einziehung der notwendigen Erkundigungen ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund erklären will.

Eine solche Erklärung hätte zum übrigen den Reiz der Neuheit, da sie noch von keiner früheren deutschen Regierung abgegeben worden ist. Daß die Erklärung der Regierung Marx zur Schuldfrage schon vor fünf Jahren von den Regierungen Scheidemann und Bauer weit würdiger, zeitgemäßer und geschickter abgegeben worden ist, haben wir bereits dokumentarisch nachgewiesen.

London, 5. September. (E.P.) Der Korrespondent des „Daily Herald“ in Genf hatte eine Unterredung mit Macdonald, nachdem dieser seine Rede gehalten hatte, Macdonald erklärte: „Ich halte den Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde für erforderlich, Deutschland muß sofort an den Arbeiten teilnehmen, damit die internationale Abrüstungskonferenz vorbereitet werden kann.“

Genf, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Freitag-Vormittagsitzung des Völkerbundes brachte die mit allgemeiner Spannung erwartete große politische Rede Herriots über die Abrüstungs- und Sicherheitsfrage (über die wir bereits kurz berichteten). Schon

das Bild des Hauses zeigt den großen Tag: Tribünen und Saal sind überfüllt. Um 10 Uhr eröffnet der Präsident die Sitzung und erteilt sofort

Herriot

das Wort. Das Haus erhebt sich von den Sitzen und bereitet dem französischen Premierminister eine stürmische Ovation, unter der er das Rednerpult besteigt. Herriot, der bleich und etwas erregt aussteht, spricht mit klarer Stimme, die den ganzen Saal durchdringt. Er beginnt mit einem Dank an alle Delegierten, die sich hier zusammengefunden haben, alle mit dem gleichen Ziele: für den Frieden der Welt. Frankreich will ehrlich und entschieden am Friedenswerke mitwirken. Der Frieden beruht auf der Achtung vor geschlossenen Verträgen. Deshalb hält Frankreich zwar nicht am Buchstaben, aber am Geiste des Vertrages von Versailles fest, der im ersten Kapitel schon ausdrückt: Zusammenarbeit, Sicherheit, Recht und Gerechtigkeit. Frankreich will den Frieden und die Gerechtigkeit eher als alles andere und wird deshalb den Völkerbundgedanken mit allen Mitteln stützen.

Herriot erinnert dann an die dritte Lesung des Völkerbundes. Sie hat die sogenannte Resolution 14 gefaßt, die zuerst den Gedanken des Garantiepaktes ausspricht. Dieser Garantiepakt sollte sich auf den Artikel 8 des Statuts stützen. Er sieht eine Abrüstung vor, soweit sie mit der nationalen Sicherheit der Länder vereinbar ist, und erklärt, daß ein Verstoß als nationales Verbrechen betrachtet werden soll. Hier antwortet der französische Ministerpräsident fort: Der moderne Chemie- und Luftweg wird vor den Fronten nicht mehr halt machen, sondern das ganze Land zum Angriffsziel nehmen. Um diesen Weg im Keime zu ersticken, gibt es nur den Ausweg des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens. Es wird das Hauptwerk der fünften Völkerbundsversammlung sein, diesen Gedanken auszubauen und festzulegen. Der Schiedsgerichtsgedanke entspricht dem Artikel 12 des Völkerbundesstatuts. Wir wünschen, daß die fünfte Versammlung den Schiedsgerichtsgedanken darin auslegt, daß derjenige, der Schiedsgerichtsgedanken ablehnt, der Angreifer ist. Frankreich wird an der Ausarbeitung eines zusammenfassenden Schiedsgerichtsplanes voll mitarbeiten. Wir sind für jede Maßregel zur Unterdrückung des illegalen Waffenhandels. Die Schaffung einer besonderen Kommission, die unter Berücksichtigung der vorgebrachten Einwände den Garantiepaktentwurf revidieren soll, erscheint mir aber nicht notwendig. Diese Arbeit kann von der schon vorhandenen ersten und dritten Kommission des Völkerbundes ausgeführt werden.

Auf jeden Fall stehen wir zu unserem Grundsatze, das Vorhandene nicht zu zerstören, sondern zu vervollkommen. Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung, das sind drei Forderungen, die wir erheben, aber nie und nimmer voneinander trennen lassen. Die Vorbereitung zur Abrüstung ist die Sicherung des Bestandes für den Angegriffenen. Diese Zusicherung muß aber jederzeit eingelöst werden können, und deshalb muß auch weiterhin eine stets einsatzbereite Macht hinter ihr stehen. Pascal sagte: „Gerechtigkeit ohne Macht ist wertlos, Macht ohne Gerechtigkeit ist Tyrannet.“ Wir müssen beides zu vereinen suchen. Das ist die Aufgabe, die sich uns stellt, und wir befinden uns in einer Uebergangszeit, die höchste Vorsichtsmaßregeln erfordert. Auch wir glauben an die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstungskonferenz. Aber diese Konferenz ohne eingehende Vorbereitungen abzuhalten, würde bedeuten, daß sie von vornherein scheitert. Unerlässlich ist, daß diese Vorbereitungen dem Völkerbund anvertraut werden, der allein über die notwendigen Organe und die notwendige Autorität verfügt. Zwei Friedensorganisationen mit denselben Funktionen können nicht nebeneinander bestehen. Dagegen, daß diese Arbeit dem Völkerbund anvertraut wird, kann man anführen, daß einige der wichtigsten Staaten dem Völkerbunde fernstehen. Ich glaube aber kaum, daß die Vereinigten Staaten, die uns erst jetzt in London einen Beweis ihres guten Willens gegeben haben, aus rein formellen Gründen ihre Mitarbeit verweigern werden.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit spricht Herriot dann von Deutschland: Wir haben früher in Deutschland die Idee des zerstörenden Militarismus bekämpft, die sich in dem Satz ausdrückte: Not kennt kein Gebot. Aber niemals haben wir das Anglied des deutschen Volkes gewürdigt. Das wahre Frankreich kennt keinen Haß, denn wir wissen, daß jeder Haß nur neuen Haß nach sich zieht. Wir sind bereit, die aufrichtigsten Beweise des Versöhnungswillens in Deutschland ebenso aufrichtig zu beantworten. In London haben wir den Weg der direkten Verhandlungen mit Deutschland begangen und wir werden diesen Weg auch weiterhin beschreiten. Aus der Zusammenarbeit aller Völker erwächst die Einheit Europas. Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung sind die Säulen, auf denen das neue Gebäude des Friedens ruht. Wir reichen unsere brüderlichen Hände allen Völkern. Frankreichs reinste Freude würde es sein, wenn durch unsere gemeinsame Arbeit aus den Ruinen unseres eigenen Landes und aller Länder, die durch den Krieg getrübt haben, diese göttliche Blume erblühen würde: der

Friede. (Die Versammlung bricht in langanhaltenden Beifall aus, der sich zu einer wahren Huldigung gestaltet.)

Nach der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede Herriots erhält als zweiter Redner

Salandra (Italien)

das Wort: Italien hat nur den einen Wunsch, die jetzt bestehenden Grenzen aufrechtzuerhalten und den Frieden und die Wohlfahrt seiner Bevölkerung zu fördern. Italien hat seit Kriegsende keine Streitkräfte unaufhörlich verringert und auch versucht, mit seinen Nachbarstaaten zu direkten Uebereinkommen zu gelangen. Die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes besitzen im Völkerbundesstatute einen gegenseitigen Garantiefonds. Trotzdem stellen wir unsere Mitarbeit bei der Formulierung neuer erweiterter Garantien zur Verfügung. Das Schiedsgerichtsverfahren hat bereits seit langen Jahren in der italienischen Politik mit Erfolg seine Anwendung gefunden. Die Schwierigkeit der bevorstehenden Arbeit besteht in der Festlegung der Kompetenz dieses Verfahrens in Fragen, die nicht rein rechtlicher oder technischer Natur sind. In der kommenden Abrüstungskonferenz werden wir mitarbeiten; wir verheimlichen aber keineswegs, daß wir nicht auf die Macht verzichteten können, die zur Aufrechterhaltung der äußeren und inneren nationalen Sicherheit vorhanden sein muß. Unter dem Beifall der Versammlung ergreift dann

Lord Parmoor (England)

das Wort: Nach meiner Ansicht entsprechen die von Herriot ausgesprochenen Grundsätze durchaus der englischen Auffassung. Sie sind dieselben, die Macdonald in seiner Rede vertreten hat. Herriot hat ebenso wie Macdonald erwähnt, daß Artikel 16 des Statuts des Internationalen Schiedsgerichtshofes möglichst rasch von allen Staaten angenommen werden soll. Der einzige Vorbehalt, der hier zu machen ist, ist die Notwendigkeit einer vorherigen Präzisierung dieses Artikels. Die Sicherheitsfrage hat zwei ganz verschiedene Formen. Einmal, wenn sich zwischen verschiedenen Nationen ein Streitfall ergibt, und ein anderes Mal, wenn sich die eine Partei zur Annahme des Schiedsgerichtsverfahrens bereit erklärt. Diejenige Macht, die sich diesem Verfahren nicht unterwirft, ist, wie Herriot bereits sagte, vor Anfang an als Angreifer zu erklären, auf den alle ökonomischen und finanziellen Sanktionen, die das Statut vorsieht, anzuwenden sind. Diese sind so erdrückend, daß kein Land es wagen wird, der Möglichkeit dieser Sanktionen entgegenzutreten. Herriot hat von einer internationalen Konferenz gesprochen, zu der die Völkerbundkommission die Vorarbeit leisten soll. Ich gehe noch weiter und verlange, daß diese Konferenz von dem Völkerbundsekretariat einberufen wird. Der Entwurf des Garantiepaktes ist wertlos, da er auf allen und unanwendbaren Grundsätzen beruht. Seine Anwendung würde die Welt wieder mit einer Welle des Militarismus überfluten. Aus dem Völkerbunde läßt sich kein militärisches Organ machen, das im Kriegsfall die Truppenkontingente und die finanziellen Beiträge der Mitgliedsstaaten bestimmen kann. Der einzige Weg zum Frieden liegt in der allgemeinen Annahme der Schiedsgerichtsbarkeit, und wenn diese loyal durchgeführt wird, so ist der Garantiepakt überflüssig. (Lebhafter Beifall.)

In der Nachmittagsitzung erhält der belgische Ministerpräsident

Theunis

das Wort: Ein wahrer Friedenszustand ist mit der Unterzeichnung von Verträgen allein noch nicht geschaffen. Es bedarf des gegenseitigen Vertrauens unter den Völkern, des Vertrauens, das im Gefühl der Sicherheit wurzelt. Belgien war schon vor dem Kriege eine der pazifistischsten Nationen. Unser Rüstungsbudget ist schon heute auf das Minimum eingeschränkt. Die im Pakt gegen den Angreifer vorgesehenen Sanktionen sind letzten Endes doch auch solche militärischer Art. Zwecklos können an diesen Maßnahmen einige Staaten nicht teilnehmen. Das ungeschlagene Belgien hat in Erinnerung der Ereignisse des letzten Krieges ein Recht auf den wirksamen Schutz des Völkerbundes. Der Garantiepaktentwurf, dem wir im Prinzip unsere Zustimmung gegeben haben, ist sicherlich nicht ohne Fehler. Ich glaube im Namen aller kleinen Staaten zu sprechen, wenn ich sage, daß wir nichts als Sicherheit verlangen, ohne uns auf diese oder jene Form von Anfang an festzulegen.

Als Vertreter der Kleinen Entente und als Berichterstatter über die Frage des Garantiepaktes spricht

Benech.

Er erinnert gleichfalls an die Resolution 14 der dritten Völkerbundtagung, die eine unmittelbare Hilfeleistung für den Fall eines Angriffskrieges fordert. Wir haben eine Rundfrage bei den einzelnen Staaten veranlaßt, um ihren Standpunkt zu dem Garantieprojekt kennenzulernen. Die Kritik hat uns vorgeworfen, daß dieses Projekt zuerst an das System der alten Bündnispolitik erinnert und daß die Definition des Angreifers eine bedenkliche und langsame An-

gelegentlich ist. Man kann aber nicht einfach abrufen, wie manche Staaten fordern, weil der Stand der modernen Technik von heute z. B. hochentwickelte Industrieländer ohne weiteres in den Stand setzt in kurzer Zeit ihre Rüstungen zu vervollkommen und die industriell schwächeren Länder zu vernichten. Wenn man auch außer der Schiedsgerichtsbarkeit andere Maßnahmen zur Verhinderung internationaler Streitfälle ergreift, wie Entmilitarisierung der Grenzzone oder besonderen Schutz gefährdeter Grenzen, so bleibt immer wieder die Frage: Was tun wir, wenn trotz der übernommenen Verpflichtung ein Staat zu den Waffen greift? Für dieses Problem gibt es dann nur eine Lösung: die militärische Sanktion. Wenn man im Falle einer Verletzung abgeschlossener Verpflichtungen durch einen großen Staat einem kleineren Staat gegenüber dazu kommen würde, der Großmacht gegenüber diese Sanktionen anzuwenden, das würde erst den vollen Erfolg des Garantiesystems und zugleich das Heil der kleinen Staaten bedeuten.

Verstimmung bei der Kleinen Entente.

Prag, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Staaten der Kleinen Entente sind von der Rede Macdonalds nicht entzückt. Das amtliche tschechoslowakische Pressebüro veröffentlicht einen Kommentar zur Rede, in dem es heißt: Macdonald verbleibt im Kreise der pazifistischen Ideologie eines bereits gesicherten Staates und zeigte kein Verständnis für die besonderen Verhältnisse der kleinen Staaten, deren Existenz und Sicherheit nicht verbürgt werden kann. Das bedeutet nicht, daß Macdonalds Äußerungen nicht Anregungen enthalten, welche die Grundlage einer Diskussion und weiteren Entwicklung der ganzen Frage bilden könnten. Macdonalds Ruf nach einer Zusammenarbeit mit Amerika, Deutschland und Rußland auf dem Boden des Völkerbundes und sein Verlangen nach einer allgemeinen Annahme der Schiedsgerichtsbarkeit sowie sein Vorschlag einer internationalen Abrüstungskonferenz werden den Gegenstand von Verhandlungen der zuständigen Völkerbundkommission bilden. Eine andere Frage ist, ob ein Ausweg aus der durch die Rede Macdonalds geschaffenen Lage in der Garantiefrage gefunden und das Grundproblem gelöst werden wird, das von der jetzigen Logung der Völkerbundesversammlung gelöst werden sollte. Der Standpunkt Macdonalds in dieser Frage hat bei einer ganzen Reihe von Delegationen eine sehr große Verstimmung hervorgerufen und um so mehr überrascht, als Macdonald sonst den bestehenden Standpunkt seines Staates gegenüber dem Völkerbund vertrat und die Notwendigkeit, die Bestimmungen des Vorgesetzten durchzuführen, betonte.

Vereinfachung des Steuerrechts.

Ein Gutachten der Verwaltungsabbaufunktion.

Ueber die Vereinfachung des Steuerrechts wird amtlich mitgeteilt: Demnächst wird ein Gutachten der Verwaltungsabbaufunktion über die Vereinfachung der Besteuerung und Verwaltung auf dem Gebiete der direkten Steuern erscheinen. Die Denkschrift beschäftigt sich in ihrem ersten Teile mit der Frage der Finanzhoheit von Reich, Ländern und Gemeinden und kommt auf Grund eingehender Würdigung sämtlicher mitsprechender Umstände zu dem Ergebnis, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt unbedingt an einer einheitlichen Steuergesetzgebung und -verwaltung durch das Reich festzuhalten ist.

Des weiteren unterzieht das Gutachten die Steuergesetzgebung der letzten Jahre einer Kritik, wobei es die Hauptursache für unser verwickeltes Steuerrecht einmal in den Begleiterscheinungen der Inflation, ferner aber auch darin erblickt, daß die Steuergesetze zu sehr häufig geändert worden sind und den Finanzbehörden eine nicht zu bewältigende Massenarbeit gebracht hätten. Als wirksame Abhilfe empfiehlt die Verwaltungsabbaufunktion einfache Gesetze, die nur die Grundzüge des Steuerrechts festlegen und der Sozialinstanz für den Einzelfall mehr als bisher freie Hand lassen, sowie Entlastung der Finanzämter von der Massenarbeit durch stärkere Heranziehung von lokalen Schätzungsstellen bei Einschränkung der Steuererklärungen und der Individualveranlagung.

„Ich bin ein Korsio auf besonnten Plätzen“

Von Eise Maria Sud.

Franz Werfel nannte sein Gedicht, das mit diesem Verse beginnt, „Der schöne strahlende Mensch“. Tief trägt es die Empfindung eines reichgezeigten Menschen. Spießer schütteln den Kopf. „O Erde, Abend, Glück, o auf der Welt sein!“

Indessen widerhalte diese gepriesene Welt von Jammer. Es war zumeist selbstgeschaffener Jammer, doch er war nicht minder tatsächlich. Also mußte der Dichter von seiner eigenen Welt, die nicht aller Erdentwelt ist, gesungen haben.

Heute fühlen viele des Verses innerste Wahrheit. Wir sind ein Korsio — ein Weg und eine Fahrt sind wir, und wissen es nun! Denn alles, was Stimme hat, fährt durch uns hin; wir sind keine geschlossene Einheit — eher sind wir ein Sieb, durch das die Welt ein- und ausströmt. An allem Geschehen, irgendwo auf diesem Globus, sind wir mitschwingend einbezogen und beteiligt. Die Luft, die uns umspült, trägt einen Ruf vom anderen Weltende in Sekundenschnelle an uns hin, und ob wir hören oder nicht, durch uns hindurch. Es ist belanglos, ob dazu Willen oder Kraft genommen werden, die wir auch nicht erklären können, das Wunder bleibt daselbe.

Noch ist der sogenannte drahtlose Weg in Deutschland in seiner Anfangsentwicklung, ist in seinen Möglichkeiten kaum begriffen. Es liegt mit ihm, dem Uebermittler der Stimme über den Weltball hin, so: Er ist noch nirgends in seiner vollen Wirkungsmöglichkeit ganz verstanden worden, geschweige denn, daß man ihn schon ganz in den Menschendienst aufgenommen hätte. Das verlangt auch Zeit und eine friedliche Beschwichtigung der Kulturländer.

Aber einmal muß es kommen, daß man in ihm den besten Diplomaten erkennt und ihn zur Arbeit fürs Weltganze, jedenfalls für den großen abendständischen Kulturkreis, ansetzt. Denn wohin wir mit unserer Stimme dringen können, mit dem unmittelbaren Ausfluß unserer Seele, dorthin können wir auch Verständnis und Verständigung bringen. Das meiste Unglück kommt aus Mißverständnis, nicht aus grundsätzlicher Böswilligkeit der Menschen. Ein Wort, ein Klang, ein Tonfall sogar, kann deutlicher und begreiflicher sein als Niedergeschriebenes. Wenn Staatsführer erst endlich ihre Geburtsstunde erleben wird — sich über schwebende Fragen unterhalten können, werden Mißverständnisse nie mehr so tief wurzeln können. Man wird Vorurteile corrigieren, aufheben, man wird sich kennen lernen und darüber alle Schliche und Finten verlieren. Das wäre der größte Schritt in eine neue Zeit, die denkbar ist.

Die anderen kulturellen Möglichkeiten sind so mannigfaltig, wie das Leben selbst. Wir würden es unter besserer politischer Um-

Die Marne Schlacht.

Wie das deutsche Volk betrogen wurde.

In diesen Tagen sind zehn Jahre verflossen, seit die große Marne Schlacht geschlagen wurde. Sie war, wie heute von der Kriegswissenschaft fast allgemein anerkannt wird, die eigentliche Entscheidung des Weltkrieges und sie fiel zu Deutschlands Ungunsten. Der Schlieffen'sche Plan, erst durch einen Angriff über Belgien her den westlichen Gegner zu erledigen, um dann freie Hand gegen den östlichen zu erhalten, war gescheitert. Nach dem Rückzug an der Marne erstarrte der Westkrieg in den Schützengraben und stellte vier Jahre lang die ungeheuersten Anforderungen an Menschen und Material. Schließlich ging er, nachdem der Ostkrieg siegreich beendet war, verloren.

Es ist verhältnismäßig gleichgültig, ob die deutsche Heeresleitung damals infolge vorangegangener falscher Operationen genötigt war, den Rückzug auszuführen, oder ob dieser Rückzug ohne Not erfolgte und selber eine falsche Operation war. Tatsache bleibt, daß der Schwung des deutschen Angriffs an der Marne erlahmte, daß eine schwere Niederlage eingetreten war, die nie wieder ausgeglichen wurde und nach vier Jahren in die Katastrophe mündete.

Jetzt widmet General der Infanterie v. Kuhl in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ der verlorenen Marne Schlacht einen Aufsatz, in dem es heißt:

Unsere herrliche Truppe von 1914, die an aufopfernder Hingebung, an Schwung, Ausdauer und Angriffsgestalt in der Marne Schlacht sich selbst überbot, vermochte manchen Fehler der Führung auszugleichen, aber nicht alle. Wer die Truppe damals auf dem Marsche und im Kampfe gesehen hat, wird ihrer mit Bewunderung gedenken.

Der Mann aus dem „gemeinen Volk“ hat also in der entscheidenden Schlacht des Weltkrieges mehr als seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Versagt hat die Führung. Und dann hat das „gemeine Volk“ wieder vier Jahre lang ausgehalten, bis schließlich die Führung „die Nerven verlor“. Das war — der Dolchstoß!

In diesem Zusammenhang aber noch eine Frage! Wer hat während des Krieges in Deutschland überhaupt gewußt, daß der Kaiser eine Bataille verloren hatte und zwar die entscheidendste des Weltkrieges? Von einem engen eingeweihten Kreis abgesehen, kein Mensch! Die Zeitungen durften darüber nicht berichten. Und in der Pressekonferenz, die angeblich dazu eingerichtet war, daß besonders vertrauenswürdigen Journalisten vollkommen reiner Wein eingeschenkt werden könne, versicherte der Vertreter der Obersten Heeresleitung mit lächelndem Munde, die Nachricht von einer deutschen Niederlage sei französischer Schwindel, es handle sich um eine freiwillige wohlüberlegte strategische Maßnahme, deren Zweck man später noch erkennen werde. . .

So wurde das Volk belogen und betrogen. Daß man zuguterletzt noch dieses arme Volk für die Fehler der Führung verantwortlich machen und ihm durch die Dolchschläge die Schuld am Zusammenbruch zuschieben wollte, das gehört zu den schlimmsten Gemeinheiten, die jemals von Herrschenden begangen worden sind.

Dortmund-Hörde bis 20. Oktober geräumt.

Dortmund, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) Von französischer Seite wird mitgeteilt: „Die Räumung der Dortmund-Hörder Zone vollzogen sich in folgender Ordnung: Zunächst wird die Zollgrenze und die Ric um aufgehoben. Dann werden die Eisenbahnen und die Truppen zurückgezogen. Die Eisenbahnen dürften voraussichtlich die Dortmunder Zone in kleinen Gruppen verlassen, nachdem sie in ihrem bisherigen Dienst möglichst unverzüglich und reibungslos von den deutschen Eisenbahnern abgelöst worden sind. Die Bahnhofschefs und Inspektoren werden ihre Posten zulezt, fast unmittelbar vor dem Abmarsch der letzten französischen Truppen verlassen. Die Besatzungsbehörde glaubt,

den Zeichenindustriellen die von der Regie übernommenen Bergwerke und Kolereien bis zum 15. Oktober zurück-erstatte zu können. Die Halbenbesände und Vorräte an Nebenprodukten, welche die deutsche Industrie an diesem Termin übernehmen werden, dürften ungefähr den bei der Besatzungnahme der betreffenden Unternehmen vorhandenen Mengen entsprechen. In der Zeit vom 15. bis 20. Oktober erfolgt die Uebertragung der besatzungnahen Industrieanlagen und Produktionsvorräte an die deutschen Industriellen. Ueber die Art der Uebertragungsmodalitäten werden zwischen Vertretern der Ricum und der Ruhrindustriellen besondere Verhandlungen stattfinden. Die einwandfrei festgestellten Rindermengen werden auf Reparationskonto verrechnet. Die während der Regie erzeugten Mehrmengen werden ebenfalls aufgerechnet werden. Es läßt sich bereits heute sagen, daß voraussichtlich spätestens bis zum 20. Oktober sämtliche Formaltäten der wirtschaftlichen Räumung erfüllt sind und bis zu diesem Termin die letzten französischen Truppen die Dortmunder Zone verlassen können.“

Die französische Erklärung beweist, daß die Okkupationsbehörden nicht daran denken, gegen die zwischen der deutschen und der französischen Regierung getroffenen Vereinbarungen zu verstoßen. In der amtlichen deutschen Auslassung war der 19. Oktober als Endtermin für die wirtschaftliche und militärische Räumung von Dortmund-Hörde vorgesehen. Die französische Mitteilung aus Dortmund bestätigt, daß die Besatzung bereit ist, diesen Termin innezuhalten.

Mit um so größerer Erbitterung muß es erfüllen, daß sich Obstruktionversuche von deutscher Seite bemerkbar machen. Wer die deutsche nationale Presse der letzten Tage verfolgt hat, findet dort immer wieder Notizen, die Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit der französischen Absichten erwecken sollen. Kleinere Zwischenfälle im besetzten Gebiet werden sensationell aufgebauscht und der „Tag“ bringt es gar fertig, die Mitteilungen von der Gegenseite über die Staffellung der Räumung als einen Bluff zu bezeichnen. Derartige Quertreibereien verraten deutlich, daß den Deutschnationalen nichts angenehmer wäre als Zwischenfälle und die weitere Besetzung der vor der Befreiung stehenden Gebiete. Sie mögen es halten, wie sie's belieben. Aber sie mögen sich nicht darüber wundern, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihnen nimmt.

Maßnahmen zur Ruhräumung.

Brüssel, 5. September. (WLB.) Die „Indépendance Belge“ beschließt sich mit der bevorstehenden Ruhräumung und stellt dazu mit, daß zunächst die Spezialtruppen zurückgezogen werden sollen. Die Rückberufungsbefehle für die Jäger, die Kraftwagen und die schwere Artillerie seien bereits ergangen. Die Zurückziehung der Infanterie werde in der Weise vor sich gehen, daß immer ganze Regimenter nach Belgien zurückkehren. Bisher seien Rückberufungsbefehle noch nicht gegeben worden. Indessen sei der Generalstab bereits aufgefordert worden, alle notwendigen Maßnahmen ins Auge zu fassen.

Essen, 5. September. (U.) Um der Bevölkerung den Beweis zu geben, daß das Londoner Protokoll durchgeführt wird, hat der oberkommandierende General heute eine Verfügung erlassen, nach welcher die Logen der Waffenschmiede aufgehoben werden. Ferner ist die Verfügung aufgehoben worden, nach welcher es den deutschen Behörden unterlag, die Verfahren wegen politischer Vergehen ohne Genehmigung der Besatzungsbehörden einzuleiten.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat gemäß dem Gesetz zum Schutze der Republik die Zeitung „Ostpreussisches Tageblatt“ in Inflation auf die Dauer von drei Wochen verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund eines Artikels „Friede Eber“. Weiter hat der Oberpräsident auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Wahrschrift „Lannenberg“ auf die Dauer von 6 Wochen verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund des Artikels „Die Reichstriebsgedenkmünze“.

Der Tag für Denkmalpflege und Heimatschutz.

Die diesjährige Logung der deutschen Denkmalpflege hatte ihren Höhepunkt am Freitag; der Konvent der Kunstverständigen des preussischen Staates Ministerialrat Hiedel-Berlin und der bisherige Direktor der Münchener Kunstgewerbeschule Richard Riemerschmid erstatteten Berichte, die über den Gesamtstand der Logung hinaus bedeutsame Rundgebungen darstellten. Hiedel behandelte das Thema: Aufgaben und Sorgen der preussischen Denkmalpflege. Wenn Verantwortungsgesühl auf allen Seiten walte, ist es möglich, die bei der Erhaltung unserer alten Baudenkmäler schwer vereinbaren Interessen der Tradition und Pietät auf der einen Seite, der Wirtschaft und freien Entwicklung auf der anderen unter einen Hut zu drängen. Ein Denkmalgesetz, das vorbereitet wird, kann nicht ergehen, was an persönlichem Vertrauensverhältnis nötig ist. Und der staatliche Zwang ist nur ein notwendiger Schutz, wenn die Pflege unserer Vergangenheit nicht im Bewußtsein der Allgemeinheit ihren festen Platz hat. Viele verschwiegen keine der Sünden der jüngsten Vergangenheit, z. B. die gräßlichen Aufbauten der Berliner Großbanken, die Wohnungsnot, die z. B. in dem schönsten heftigen Dörfchen die Bauern zwingt, aus ihren alten Dörfen mit dem großen Lote keine Wohnräume zu machen. Aber sich gegen solche Dinge zu stemmen, ist unter dem Zwange der Lage so gut wie aussichtslos. Wohl aber müssen die Hauptdenkmäler der Vorzeit unbedingten Schutz haben, und gerade da leiden die Bedeutendsten die schwerste Not: für den Berliner Dom konnte die Dombauökonomie noch nicht ausgepielt werden, denn auch die Lotterie beginnt zu versagen. In der neueren Zeit ist über unsere großen Großstädte ein Fardencausch, wenigstens für die Fassaden, gekommen. Gerade in Potsdam hat man gehandelt, wenn es auch nicht falsch ist, alte Häuser etwa so wieder zu streichen, wie sie ursprünglich gewesen sein müssen. Um obzureden, haben Stadt Potsdam und Regierung jetzt einen „Generalbemalungsplan“ aufgestellt.

Riemerschmids Ausführungen galten dem Thema: „Schule und Handwerk“. Als temperamentvoller Künstler wandte er sich gegen alles künstliche An-Leben-erhalten, besonders wenn es einen so peinlichen Beigeschmack hat wie bei den Traditionsvereinen, die gerade dort die Volkstrachten schätzen, wo der Fremdenverkehr am stärksten ist. Aber auch gegen jene leicht gönnerhafte Pietät für das Alte, die gerade für das Beste an den alten Werken, das Freie, Unbefummerte, Baumtöne keinen Sinn hat. Und noch mehr gegen jene Pietät, die besser Mangel an eigener Kraft genannt würde und die das Neue, Kräftige haßt. Verkehr, Technik, schließlich der Weltkrieg haben das Alte zerstört. Wiederbelebter bisse dann nur geschäftliche Ausbeutung der alten, aber nicht mehr lebendig vorhandenen Volkstracht und damit ihre gänzliche Ausschöpfung. Nicht aufgegeben, vielmehr durch eine bewußtere Art ersetzt oder sollte die Liebe zur Heimat werden: durch eine weibliche, männlichere Liebe. Gewandelt hat sich ebenso das Handwerk in der Richtung nach der Industrie. Diese muß sich wie das Handwerk einen festen Platz in der deutschen Eigenart sichern. Heimatische Art überhaupt oder darf man nicht nur im Alten und Überfremdlichen sehen, sondern ebenso im neuen Neuen. Wenn das Gesetz gut: Ehrlich, nach eigenem Erkenne und Fühlen so viel Freiheit, wie jeder nur kann, seiner Arbeit mitgeben, dann müßte unsrer Arbeit

sphäre erleben können, daß sich z. B. ein Arzt kurz vor einer neuen oder komplizierten Operation drahtlos mit einer amerikanischen, einer japanischen Verzeuorganisation über den Fall zu unterhalten, zu unterrichten wünscht.

Ein Baumeister, ein Ingenieur, die vor plötzlichen Schwierigkeiten oder Gefahren ihres Berufes stehen, rufen drahtlos bei einer Kapazität am anderen Weltende um helfenden Rat an. — Eine Feuerbrunst, ein Erdbeben, eine Ueberschwemmung machen Rettungsschiffe auch aus anderen Ländern schnell erwünscht; noch nie wurde der Edelstein der Menschheit hierin umsonst angerufen. Wie würde es ins Gemüt, ins allen gemeinsame Gefühl hineingreifen, wenn aus fernem Land der Ruf in jedes umsiedelte Haus dränge: Helft! Wir leiden! Die wir lieben, sind zu retten, wenn Ihr helft! Wege zur Verständigung, Wege zum Vertrauen, in Leid und Freude, in vollikem, ethischem, künstlerischem Gesamtbefuß.

Denn wir einmal geholfen haben, wir Menschen, denen sind wir gut. Das liegt tief in uns, es läßt sich altruistisch wie egoistisch begründen, ist ein ewiges Faktum. Wenn man die Menschenherzen an dem Zipsel packen würde, Der drahtlose Dienst kann dazu dienen, daß die Völker einander verstehen lernen. —

Noch hat das Radio erst die eine internationale Sprache — die Musik. Sie ist dieselbe Sprache, und auch sie schlägt Brücken zum Wesen der Anderen. Wir haben uns den Ruf von Barbaren anhängen lassen müssen. Nur die deutsche Musik, und was wir darin schufen, nahm eine mißverständliche Welt davon aus, denn diese Sprache unserer Seele hatten sie begreifen und lieben gelernt. Ist dies nicht Hoffnung und Wegweiser? Man muß nur wollen; wir kleines Gefindel mit unseren siebzig Jährchen Lebensdauer werden dann auch können. Unser Hirn-Biceps stemmt ja größere Schwierigkeiten aus dem Wege. Wir besiegten die Finsternis der Nächte, die Gewalten von Wasser und Feuer, wir zwangen Mächte, deren Wesen wir nicht gekannt haben, zu unserem Dienst. Wir werden mit der Radioform des Lebenskampfes auch einmal zu Rande kommen — dazu ist die drahtlose Uebertragung ein Pionierwerkzeug. Das Radio als Erziehungs-, Bildungs-, Unterhaltungsmittel, sehr gut. Aber es muß mehr werden als eine Spielerei; es muß den Kinderstufen noch entwachsend.

Als Kulturmittel kann es, wenn die Menschheit will, Segen sein.

„Wir sind ein Korsio auf besonnten Plätzen“ — alles Sein strömt durch uns hin, alle Gedanken dieser Erde wandern durch unseren Leib, an allem Geschehen, großen und gräßlichen, haben wir teil. Was diese Welt an unseren Erdentagen durchläuft, durchleidet, in uns läßt es stumm wieder. Wir können es zum Erstlingen weden. Und in Menschenmacht ist viel gegeben, ob mehr Gesang in der Welt sein wird als Geschrei der Kreatur.

Gefahren für die Ernte. Und doch Schutzzölle?

Aus mehreren Landesteilen liegen Nachrichten vor, nach denen durch die feuchte Witterung der letzten Zeit die Einbringung der Ernte schwer gelitten hat oder auch das geerntete Getreide selbst noch nicht eingebracht werden kann. So ist eine Abordnung der kurhessischen Landwirtschaftskammer und des Landbundes für Kurhessen nach Berlin gereist, um wegen der Erntekatastrophe im Regierungsbezirk Kassel bei den maßgebenden Behörden vorstellig zu werden. Man erstrebt die Befreiung von 200 000 bis 300 000 Zentner Saatgetreide, weil etwa 80 Proz. der Roggenernte vernichtet sei. Die Hafer- und Weizenernte ist stark gefährdet. Ferner wünscht man Düngeerträge und Steuernachlass, um die kommende Bestellung der Acker ausführen zu können.

Auch aus Pommern kommen nach der III. besorgniserregende Nachrichten, da infolge des anhaltenden Regens die Einbringung der Ernte stark gefährdet ist. Von der Insel Rügen wird gemeldet, daß der Roggen noch vielfach auf den Feldern liegt und noch nicht zum Trocknen gekommen ist. Auch in Hinterpommern liegt der Roggen teilweise noch auf den Feldern, und der Weizen steht noch auf dem Halm. Aus dem Kreise Rummelsburg wird gemeldet, daß die gesamte Roggenernte sehr schlecht ausgefallen sei.

Offenbar hängt es mit diesen Nachrichten zusammen, daß in den letzten Tagen die Ausgleichung der deutschen Roggenpreise an die des Weltmarktes außerordentlich schnell fortgeschritten ist. An der gestrigen Berliner Börse kostete der Roggen bereits über 180 Mark die Tonne, also über 9 Mark pro Zentner.

Unter diesen Umständen und bei den anhaltend steigenden Getreidepreisen an der Forderung nach Schutzzöllen noch festzuhalten, das wäre ein Schlag gegen die Volksernährung, wie er schlimmer nicht auszubedenken ist. Schon jetzt sind die Getreidepreise wesentlich höher als vor dem Kriege, wo noch die Schutzzölle galten. Die Brotvermehrung müßte die schwersten Formen annehmen, die Belastung der Armen in einer Weise gesteigert werden, die mit dem Interesse an einer Steigerung der deutschen Produktion nicht vereinbar ist. Es ist daher höchste Zeit, daß die Regierung ihre Zollvorlage zurückzieht.

Der Bürgerblock wankt.

Weimar, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Thüringische Landtag trat am Freitag zu einer kurzen Tagung zusammen. Auf der Tagesordnung standen eine sozialdemokratische Interpellation über die Vorkommnisse während des Parteitagess der Nationalsozialisten in Weimar. Zu Beginn der Sitzung teilte der Präsident mit, daß die Fraktion der Nationalsozialisten den bisherigen alleinigen Vorsitzenden Dinter durch zwei ordere Abgeordnete ersetzt habe.

Die sozialdemokratische Interpellation wurde durch den Abgeordneten Frölich, der bekanntlich kürzlich an den Reichsminister Darnes in dieser Angelegenheit einen Offenen Brief richtete, begründet. Er verwies darauf, daß in den letzten Monaten wiederholt republikanische Veranstaltungen verboten worden waren, während die Demonstrationen der rechtsergerichteten Verbände sich des besonderen Schutzes der Regierung erfreuten. Nachdem Abg. Frölich das Verhalten der Thüringischen bürgerlichen Wähler zu dem Stand in Weimar beleuchtet hatte, bejahte er es als unerhört, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bespitzelt werde und brachte zum Ausdruck, daß das angeklagte Verbot von Demonstrationen sich in erster Linie gegen die Republikaner richtete. Namens der sozialdemokratischen Fraktion sprach der Redner der Regierung das schärfste Mißtrauen aus.

Die Regierung antwortete in einer ganz hilflosen Weise und versuchte die Vorgänge abzuwehren. Der Demokrat Prof. Dr. Krüger erklärte, daß die Afsicht zwischen seiner Partei und der Regierung durch die letzten Vorkommnisse detail verbreitet worden wäre, daß es ihm nicht mehr möglich sei, der Regierung zu vertrauen.

der wundervollen Duft nicht fehlen, den beim heimische Art menü. Diese mit starker Ueberzeugungskraft vorgetragenen Ausführungen brachten Niemerschuld das begehrte Echo der Veranlassung.

Renaissance-Theater: „Scheiterhaufen“. Ehelichen, Familienleben, Jugend der Kinder — alles Scheiterhaufen. Mit ausgebrannten Herzen können Sohn und Tochter, bestohlen an Leiblicher Kost und feierlicher Wärme, durch den hinterlassenen Brief ihres Vaters sehend geworden, mit ihrem Bissen um das Verbrechen, das die Mutter an ihnen und dem Vater begangen hat, nicht weiter leben und geben in den Tod. Sie ersticken am qualvollen Rauch des Scheiterhaufens, den der Sohn für sich, Schwester und Mutter in der Küche angezündet hat. Die Mutter, von Natur Kokotte, aller Mutterinstinkte beraubt, stürzt sich, lebens- und liebeshungrig, wie sie einmal ist, aus dem Fenster — um vielleicht von neuem in den Armen des Mannes der Tochter zu liegen, den sie ihn, als er noch deren Verlobter war, geraubt hatte. Aber auch die Mutter konnte nicht anders sein, sagt Strindberg. Das Ganze ein echter Strindberg mit allen seinen komplizierten feierlichen Verwicklungen, in deren Mittelpunkt das Problem: Frau und Ehe steht. — Den Sohn erlebte künstlerisch auf der Bühne Deutsch. Die anderen Darsteller unterfügten ihn wenig darin. Nur hin und wieder hatten sie lächle Augenblicke. Rosa Lichtenstein spielte die Mutter, Rosa Bahm verlor sie sich an der Tochter, ihren Mann schauspielerte mit geringem Erfolg Heinz Hilfer. Um Deutsches Leistung und Strindbergs dramatisches Können verlohnt es sich, der Aufführung 1½ Stunden des Abends zu schenken.

Städte auf der Kuffion. Greta und East-Rigg sind zwei Städte in Schottland, die während des Krieges entstanden sind, als die Munitionsindustrie aufblühte und aus ganz England Arbeiter an sich zog. Damals entstanden die beiden Niederlassungen, die 30 000 Einwohner fassen, saubere, gerade Straßen, mehrere Theater, Kinos, komfortable Hotels, eine Feuerwehrtorne mit allem Zubehör, zwei große gedeckte Markthallen wuchsen hier aus dem Boden. Als mit dem Friedensschluss die Munitionsindustrie ihre Betriebe stilllegen mußte, wanderten die Bewohner von Greta und East-Rigg wieder weiter, und die beiden Arbeiterstädte blieben leer und verlassen zurück. Die englische Regierung hält nunmehr den Augenblick für gekommen, diese Wertobjekte zu veräußern und sie hat eine Anleihe ausgeben lassen, daß Greta und East-Rigg durch Verkauf zu erwerben sind. Die Versteigerung findet demnächst statt. Man darf gespannt sein, wieviel Käufer sich zu dieser seltsamen Auktion einstellen werden.

Städtische Kunstschule. Ein Ausschuss der Berliner Kunstdeputation hat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters und unter Mitwirkung der Bürgerdeputierten Max Liebermann und Rumpel in der großen Berliner Kunstausstellung u. a. angelaufen: Die Monumentalfigur „Dämmerung“ von Otto Baezel, Gemälde von Walter Curt Fährig — Republikanischer Strassenkämpfer — und von Walter Dabbe — Kettenschlag — und von Walter S. D. Wülfel — Landkassier —, außerdem eine Reihe von graphischen Werken.

Lehrpläne über soziales Selbstbewusstsein werden an der Universität in München im Wintersemester 1924/25 stattfinden zur Ausbildung in der Augen- und Nasenheilkunde, die sich über zwei Halbjahre erstrecken. Ueber die Zulassung wird in jedem einzelnen Falle besonders entschieden. Anträge an das Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, München I. 8., Zimmer 12. a.

Zusammenbruch.

Abrechnung mit deutschnationaler Demagogie.

Wir meinen nicht den Zusammenbruch der deutschnationalen Demagogie, nicht den inneren Zusammenbruch, den die deutschnationale Parteiführung jetzt mit Entsetzen in ihren Reihen sieht. Wir meinen den intellektuellen und moralischen Zusammenbruch, den jene Demagogen der Deutschnationalen erleiden, die sich durch ihre Abstimmung im Reichstag selbst ins Gesicht geschlagen haben. Wir haben wohl Gefühl für das innere Ringen zwischen neuer Erkenntnis der realen Welt und überalterter Parteitradition und verstehen die Tragik, die es für ehrliche Menschen, für Männer bedeuten kann. Aber mit Verachtung sehen wir, wie entlarvte niedrige Demagogen sich unter dem Verdammungsurteil der Öffentlichkeit über ihre moralisch minderwertige Stellung wunden, und sich dabei nur noch tiefer ins Netz der Lüge verstricken. Wir haben keinen Anlaß, Herrn Hoehsch einen Fußtritt obendrein zu versetzen, aber wir sind es der Öffentlichkeit schuldig, nicht schweigend an der Selbsthinrichtung des Herrn Paul Baecker vorüberzugehen. Herr Paul Baecker scheint die Absicht zu haben, in der „Deutschen Tageszeitung“ das alte Gewerbe der Pflöge der plump verlogenen nationalistischen Phrase wieder aufzunehmen. Die weiteste Öffentlichkeit muß wissen, wie der Mann sich selbst die Nase von Befinnung vom Gesicht reißt. Wären wir Deutschnationaler, wir wären entsetzt daß dieser halbe Mann unsere Sache in unserem größten Organ vertreten sollte!

Er muß sich ja verteidigen; denn an ihm, der die Worte vom hellen Wahnsinn, von den wahnwichtigen Vorschlägen schrieb, um dann im Reichstag für den hellen Wahnsinn zu stimmen, wurde die Verschmierung der nationalistischen Demagogie offenbar. Seine Verteidigung aber ist die Vollendung des Zusammenbruchs, des intellektuellen und moralischen Zusammenbruchs. Gestern abend schrieb er in der „Deutschen Tageszeitung“ „Ein letztes Wort“. Dies letzte Wort muß in seiner ganzen inneren Verlogenheit aufgedeckt werden, Wort für Wort und Zeile für Zeile!

Herr Paul Baecker beginnt mit einem haßerfüllten Ausfall gegen den „Vorwärts“. Er behauptet dreist, daß die Reden von Hergt und Schlang-Schönungen, die wir veröffentlichten, niemals gehalten worden wären. Peinlich genug, diese Reden! Sie wurden natürlich nicht in der deutschnationalen Reichstagsfraktion gehalten, sondern schlimmer! Aber Herr Hergt hielt die seine im Plenum des Reichstags am 25. August, vier Tage vor dem Umfall seiner Fraktion. Wir drucken die von uns zitierten Stellen wörtlich aus dem amtlichen Stenogramm ab — wir haben nicht einmal die amtlich aufgenommenen Zwischenrufe geändert. Herr Schlang-Schönungen hielt seine Rede vom „Tropfen Schmauch im Blut“ am 19. August in Lahe. Wir entnahmen sie der deutschnationalen „Bommerischen Tagespost“, in der sie vier Spalten lang unter der Ueberschrift „Um Freiheit und Ehre“ veröffentlicht wurde. Dies vorweg.

Nun seine Verteidigung! Er bestreitet, daß es sich um einen „Umfall“ der Deutschnationalen handele:

„Nebenher wird, leider nicht nur von der jüdisch-radikalen Presse, mit Zitaten, auch aus der „Deutschen Tageszeitung“, gearbeitet, um einen „Umfall“ auf der rechten Seite zu konstruieren.“

Zu konstruieren? Herr Baecker möchte behaupten, seine und seiner Partei Verdammung des Dawes-Planes sei ein Werturteil gewesen, das zur parlamentarischen Ablehnung noch nicht verpflichtet. Ein Werturteil, das „heller Wahnsinn, wahnwichtige Vorschläge, lieber ein Ende mit Schreden als Schreden ohne Ende“ laute, aber von der parlamentarischen Zustimmung gefolgt ist, hat entweder keinen inneren Wahrheitswert — oder das parlamentarische Votum ist unehrlich. Aber die deutschnationale Parteileitung sieht für die parlamentarische Haltung der Deutschnationalen erklären:

„Die maßgebenden Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion wenden sich gegen die Interpretation, die der gestrige deutschnationale Fraktionsbeschluss gefunden hat, als wäre damit immer noch die Möglichkeit zu einem „Umfall“ offengelassen. Sie betonen demgegenüber, daß die deutschnationale Fraktion das Dawes-Gutachten und die mit ihm zusammenhängenden Gesetze unbedingt und ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen aus außenpolitischen Gründen ablehnen werde.“

Die deutschnationale Fraktion hat aus Rücksicht auf parteipolitische Interessen das Zustandekommen der Dawes-Gesetze ermöglicht, Herr Baecker hat mit Ja gestimmt. Das soll kein Umfall sein?

Um nun trotzdem zu beweisen, daß der Umfall kein Umfall war, besitz Herr Baecker die Redheit, die verlogene Phrase vom „hellen Wahnsinn“ wieder aufzunehmen: „Die „Deutsche Tageszeitung“ denkt nicht daran, auch nur ein Wort von dem zurückzunehmen, was sie zur Belämpfung des Dawes-Planes geschrieben hat. Ihre grundsätzliche Einstellung ist und bleibt unverändert; ebenso natürlich auch die des Verfassers. Noch wie vor sind wir davon überzeugt, daß die Forderungen des Dawes-Planes wirtschaftlicher Wahnsinn bleiben, und nach wie vor sind wir der Ueberzeugung, daß die Annahme der Dawes-Gesetze verhindert, daß also Nein gesagt werden mußte, wenn eine Aussicht bestand, dieses Ziel zu erreichen.“

Worin der „wirtschaftliche Wahnsinn“ besteht, erfährt man sofort vom Herrn Baecker selbst. Ein paar Absätze weiter schreibt er:

„Vielfach begegnet man der Meinung, eine neue Vorkriegsregierung hätte sich doch nicht lange gehalten, weil die wirtschaftliche Wehrbelastung durch die Dawes-Gesetze binnen kurzer Zeit Anlaß zu ihrer Beseitigung gegeben hätte. Demgegenüber ist aber darauf hinzuweisen, daß der Dawes-Plan für die deutschen Finanzen im ersten Jahre eine gewisse Erleichterung, im zweiten immerhin noch keine beträchtliche Wehrbelastung vorsieht, auch für die gesamte deutsche Wirtschaft (Kreditfrage usw.) zunächst ja gewisse Erleichterungen bringen soll. Bis Ende des zweiten Jahres war also von dieser Seite eine Krise mindestens nicht mit annähernder Sicherheit zu erwarten.“

„Der ursprüngliche Dawes-Plan hat bekanntlich somohl Verschlechterungen wie auch Verbesserungen erfahren. Ein Punkt sei besonders hervorgehoben: Während es im Gutachten selber hieß, die deutschen Eisenbahnen dürften nicht mehr nach volkswirtschaftlichen, sondern nur noch nach fiskalischen Gesichtspunkten geleitet werden, ist im Eisenbahngesetz nunmehr tatsächlich die Rücksicht auf die deutsche Volkswirtschaft bei der Leitung der Eisenbahnen als erster Gesichtspunkt festgelegt. Ebenso bieten die Wehrungen des Gutachtens, Deutschland könne nur aus Ueberflüssen der Wirtschaft Zahlungen an das

Ausland leisten, die Lebenshaltung des deutschen Volkes solle nicht unter den Stand anderer Nationen hinabgedrückt werden, und ähnliche, für eine ihrer nationalen Pflichten wirklich bewußte deutsche Regierung die Möglichkeit, deutsche Lebensinteressen zu schützen. Auch ganz konkret aber gibt es bei diesen Gesetzen — Gesetzen, wie sie in Kulturstaaten ja überhaupt nicht durchgeführt wurden — mannigfache Möglichkeiten der praktischen Gestaltung und darum auch Auswirkung der Durchführung. Ganz abgesehen noch davon, daß eine neue Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit in dem Augenblick gefordert werden kann, wo eben die steigenden Lasten aus dem Dawes-Plan unerträglich zu werden beginnen.“

Entweder Herr Baecker hat nichts zurückzunehmen, es bleibt beim „wirtschaftlichen Wahnsinn“, beim „grauenvollen Elend“, bei den „wahnwichtigen Vorschlägen“ — dann dürfte er diese nüchterne realpolitische Würdigung der Lichtseiten des Gutachtens nicht schreiben. Oder er sieht tatsächlich die Möglichkeit, mit dem Gutachten auszukommen — dann ist das „lieber ein Ende mit Schreden, als Schreden ohne Ende“, zu dem er ja heute noch zu stehen behauptet, eine erbärmliche Lüge. Eins kann nur richtig sein — zwei fünfzigprozentige Lügen geben keine hundertprozentige Wahrheit. Er muß die Leser seiner Zeitung tief einschätzen, daß er ihnen das zu bieten magt — für die Dummen den „hellen Wahnsinn“, für die Wissenden die Heraushebung der Lichtseiten des Gutachtens! Wir haben wohl erlebt, daß einer in zwei verschiedenen Aufsätzen entgegengesetzte Meinungen vertrat, daß aber einer in ein und demselben Aufsatz, mit Namen gezeichnet, das Schreiben rechts und Schreiben links so dreist und gottesfürchtig handhabt, das ist denn doch neu!

Aber nun kommt die innerpolitische Rechnung! Herr Baecker rechnet vor: Hätten wir abgelehnt, wäre die Auflösung und Neuwahl gekommen, die Große Koalition, die Regierung Birth-Breitscheid, die Kommunisten hätten für das Gutachten gestimmt, und noch schlimmer: es wäre zu neuen Verhandlungen mit der Entente gekommen. Wir dachten immer, Herr Hergt hätte gesagt, es sei gerade das Ziel der nationalen Opposition, neue Verhandlungen herbeizuführen? Wir meinten auch, innerpolitische Rücksichten seien gegenüber der außenpolitischen Bedeutung dieses Verflechtungsvertrages für die Deutschnationalen nicht maßgebend? Wir erinnern uns auch, daß Herr Baecker in der „Deutschen Tageszeitung“ schrieb:

„Ein grauenvolleres Elend, als Deutschland durch die Zustimmung zu demart wahnwichtigen Vorschlägen auf sich laden würde, ist nicht denkbar. Ihnen gegenüber kann es nur heißen: Lieber ein Ende mit Schreden als Schreden ohne Ende.“

Und nun gesteht Herr Baecker, daß er sich ein noch grauenvolleres Elend denken konnte: die Wahlniederlage der Deutschnationalen. Seine Worte gegen das Gutachten waren also nur Schein und Trug! Auch hier: die „Deutsche Tageszeitung“ hat nichts zurückzunehmen? Am 22. August 1924, genau eine Woche vor dem Umfall, schrieb die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die gegenwärtige Zeit ist wirklich sehr schnelllebig. Vor zwei Tagen noch wurden die Deutschnationalen maßlos beschimpft, weil sie bereit seien, in der Frage des Dawes-Gutachtens umzufallen. Heute werden sie von denselben Beuten mit durchweg denselben Ausdrücken beschimpft, weil sie nicht umfallen werden. Nun hat allerdings die Presse der Linken allen Anlaß, den Deutschnationalen ihre Haltung übel zu nehmen, denn sie hat einen wunderbaren Sieg- und Verleumdungsfeldzug mit ihrer Prophezei von dem bevorstehenden Umfall führen können. Dem ist nun zugleich mit seiner Krönung auch die Fortsetzung genommen, weil, wie der „Vorwärts“ glühtigen, aber betrübten Gemütes feststellt, die Deutschnationalen sich in dieser entscheidenden Stunde mit der Ablehnung absolut treu bleiben.“

Es ist nicht die Schuld der Deutschnationalen, wenn solche simplen Rechnungen nicht aufgehen. Wenn man das unabwiesbare Bedürfnis verspürt, in einfacher oder doppelter Auflage an die Entscheidung des Volkes zu appellieren: sie sind bereit, diesen Appell mitzumachen.“

Und am 20. August versicherte die „Deutsche Tageszeitung“:

„Schließlich und endlich darf man annehmen, daß die Deutschnationalen selbst dann ihre Stellungnahme nicht von Wahlrücksichten abhängig machen würden, wenn ihnen eine sichere Niederlage in Aussicht stünde.“

Herr Baecker, der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, gesteht selbst, seine Stellungnahme von Wahlrücksichten abhängig gemacht zu haben — im selben Atemzuge aber behauptet er, die „Deutsche Tageszeitung“ habe nichts zurückzunehmen! Zum Schlusse hat er einen letzten Trumpf: was wollt ihr, ich habe gestimmt wie der Großadmiral von Tirpitz! So verteidigen sich deutschnationale „Männer“.

Seine Beweisführung ist der Versuch, die alte Demagogie zu retten, aber den Umfall zu verteidigen. Dabei schlägt er sich selbst ins Gesicht. Das eine straft das andere Lügen, und so bietet sich das Bild eines intellektuellen Zusammenbruchs, der Unmöglichkeit, die politische Situation seiner Partei und seine eigene nach dem Umfall geistig zu meistern und wenigstens nach außen den Schein der Einheitslichkeit von Denken und Handeln aufrechtzuerhalten. Aber auch des moralischen Zusammenbruchs: trotz der anderen Erkenntnis sollen die Massen, sollen die eigenen Parteifreunde erneut mit den alten unwahrhaften Phrasen belogen werden. Hier handelt es sich nicht um inneres Ringen, hier handelt es sich nur um politische Spekulation im wahrsten Sinne. Herr Paul Baecker aber, der Leiter der größten Zeitung der Deutschnationalen, ist ein Typ. Seine innere Unwahrhaftigkeit ist die Unwahrhaftigkeit der deutschnationalen Parteileitung, der deutschnationalen Politik.

Urteil im Potsdamer Kommunistenprozess.

Im Potsdamer Kommunistenprozess wurde um 11 Uhr nachts das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte Sauer wurde wegen Vergehens gegen § 123 und § 129 des Strafgesetzbuches zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sechs weitere Angeklagte zu zwei bzw. vier Monaten Gefängnis 23 Angeklagte wurden freigesprochen. Der Vorsitzende hob in der Urteilsbegründung hervor, daß die Nacht vom 19. zum 20. November in Blonden gezeigt habe, wie gefährlich illegale Organisationen werden können.

Gewerkschaftsbewegung

Die Ziele der Lohnpolitik der Unternehmer.

In mehreren Aufsätzen der „Gewerkschaftszeitung“ gibt Genosse Larnow ein anschauliches Bild vom Verhalten der Arbeitgeber-schaft gegenüber Arbeiter und Volkswirtschaft in der schwersten Zeit deutscher Wirtschaftskrise. Er zeigt, wie mit einer riesigen Beeinträchtigung der öffentlichen Meinung, mit überlegenen Weisheitsworten und süßen Versprechungen die Beseitigung jeder staatlichen Schutz- und Aufsichtsmacht, des Gegengewichts der Arbeiterorganisation und ihrer Vereinbarungen, kurz die schrankenlose Kapitalherrschaft über Arbeiter, Verbraucher und Staat betrieben wurde und noch wird.

Der erste Kampf gegen die Sozialpolitik war erfolgreich. Die Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften, des gesetzlichen Achtstundentages gab freie Bahn gegen das Arbeitsbestimmungsrecht der Arbeiter und die Gewerkschaften. Diese Arbeitskämpfe zerrütteten das verfallene Wirtschaftsleben. An Stelle der Vereinbarungen, die man den Arbeitern gemacht hatte, trat Herabdrückung der Löhne. Die zermalenden Wirkungen der Bodenrente, die kommunalistische Zersplitterung wurden rücksichtslos ausgeübt. Trogem vermehrte der stark organisierte Kern der Arbeiterschaft den Ansturm einigermassen abzuwehren.

Immerhin war ein Einbruch gelungen. Längere Arbeitszeit bedeutet nach dem Willen der Unternehmer niedrigere Löhne; wenn auch nach wirtschaftlicher Erfahrung geringere Wirtschaftlichkeit. Da nun die Öffentlichkeit über die rücksichtslose Brutalität des Heberalles auf die verlorene Arbeiterschaft unruhig geworden war, beginnt ein neuer Propagandafeldzug, eingeleitet durch den Vortrag Borjigs über Industrie und Sozialpolitik im Reichsverband der deutschen Industrie (im April).

Larnow zeigt, was es mit den „gemeinnützigen“ Schlagworten des Unternehmertums auf sich hat, und welches die wahren Ziele des von dieser Seite mit rücksichtsloser Entschiedenheit geführten Klassenkampfes sind. Es dreht sich um Deckung der Reparationslasten und Wiederherstellung des zerstörten Wirtschaftskapitals durch Lohnkürzung.

1. Die Reparationslasten.

Larnow weist darauf hin, daß den im Beharrungsstadium (nach 5 Jahren) zu zahlenden jährlichen 2½ Milliarden der Wegfall des früheren Heeresersatzes gegenübersteht. Die neue Last zu tragen, müßte in erster Linie Sache derer sein, die durch die Geldentwertung von ihren Schulden befreit worden sind: des Staates, der Eisenbahn, der gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmer, nicht der Arbeiter. Wollte man aber diese doch heranziehen, so ergäbe eine gleichmäßige Belastung aller Erwerbstätigen, d. h. etwa 33 Millionen (das ist die heutige amtliche Schätzung), zur Aufbringung von jährlich 2½ Milliarden je Kopf und Woche rund 1¼ R. Die Unternehmer aber verlangen eine Mehrarbeit von wöchentlich 6 bis 12 Stunden und eine Herabdrückung der Löhne unter die Höhe der Vorkriegszeit, also wesentlich mehr, als die Reparationslasten ausmachen.

2. Neubildung eines Betriebskapitals.

Dieser Mehrbetrag soll dem Ersatz des im und nach dem Kriege untergegangenen Betriebskapitals dienen, an dessen Mangel unsere heutige Volkswirtschaft krankt. Es handelt sich um das Geldkapital; der Verlust an Sachgütern ist im wesentlichen wieder ausgeglichen. Larnow berechnet die Menge des durch Vermittlung der Geldanfragen der deutschen Wirtschaft vor dem Krieg zur Verfügung gestellten Geldes auf 30 bis 35 Milliarden Mark, zum weltaus größten Teil deutsche Spargelder (i. J. 1914 etwa 20 Milliarden allein bei den öffentlichen Sparkassen). Da die Neubildung des Kapitals sich sehr langsam vollzieht, kann rasche Hilfe nur durch ausländische Kapitalzufuhr erfolgen, nicht aber durch Einschränkung des Massenverbrauchs, die von Unternehmerseite heute als Heilmittel angepriesen wird. Vor dem Krieg machte die Ausfuhr nur 1/10 der deutschen Erzeugung aus, 1/10 wurden im Inland verbraucht. Da der Inlandsverbrauch auf höchstens 1/4 der Vorkriegszeit gefallen ist und das Ausland die fehlende Menge nicht aufnimmt, kann unserer Industrie nur durch Mehrarbeit im Inland geholfen werden. „Nicht Verminderung, sondern Steigerung der Lebenshaltung der breiten Masse ist die Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft. Die Lohnpolitik der Unternehmer, die nur das Ziel kennt, die Lebenshaltung der breiten Masse herabzudrücken, entpuppt sich als verderblich für die Volkswirtschaft und das allgemeine Wohl.“

3. Wenn soll das neugebildete Kapital gehören?

In der Denkschrift: „Die Lohnpolitik der Arbeitgeber“ heißt es: „Angesichts dieser Belastung... muß festgestellt werden... daß der deutschen Lohnhöhe eine bestimmte Grenze gezogen ist, die bei der völligen Kapitallosigkeit der Betriebe und dem unbedingten Bedürfnis nach neuer Kapitalbildung nicht überschritten werden kann.“... Also soll durch Lohnabzug neues Kapital gebildet werden, das Eigentum der Unternehmer wird, während vor dem Krieg das Betriebskapital überwiegend den Robilkapitalisten, zu beträchtlichem Teil auch der Klasse der kleinen Sparers gehörte und den Unternehmern nur geliehen war. Nachdem diese ihre Schulden in wertlosem Geld zurückgezahlt haben, nachdem ein guter Teil Kapital im Ausland oder in Sachwerten und Luxusgütern angelegt ist, sollen die Arbeiter neues Betriebskapital zusammenhängern, das weder ihnen noch den verarmten Kapitalbesitzern von ebendem, sondern den Unternehmern gehören soll. Das lehnt die Arbeiterschaft mit Recht ab. Soll von ihrem Lohn neues Kapital gebildet werden, so muß das ihr Eigentum sein. Daß diese Kapitalersparnis, wo immer sie möglich ist, stattfindet, zeigt die Berliner Sparkasse, die im zweiten Vierteljahr 1924 trotz niedriger Löhne schon wieder eine Zunahme der Sparguthaben in halber Höhe des Zuwachses der Vorkriegszeit verzeichnet. „Hier zeigt sich der Weg, auf dem neues Kapital entstehen kann: durch möglichst hohe Entlohnung der arbeitenden Masse.“ Dies Kapital würde der Wirtschaft zur Verfügung stehen, aber als Eigentum der Arbeiter, nicht der Arbeitgeber, wie diese wollen.

Zutreffend kennzeichnet Larnow das Ziel der Unternehmer: „Die Arbeiter sollen die Lasten der Reparationszahlungen übernehmen, außerdem erhebliche Lohnopfer für die Neubildung eines deutschen Volkswirtschaftens“ in der Tasche der Unternehmerklasse bilden. Ziel ist eine unerhörte gesteigerte Machtvolle des industriellen Unter-

nehmertums, wirtschaftliche Verelendung und soziale Verflüchtung der deutschen Arbeiterklasse.“

Es lohnt sich für jeden Arbeiter, die lichtvolle Darstellung Larnows in Nr. 33/34 der „Deutschen Gewerkschaftszeitung“ in vollem Umfang nachzulesen.

Internationaler Achtstundentag.

Brüssel, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf eine Anfrage des Brüsseler „Soir“ über die Durchführung der Washingtoner Konvention, die bekanntlich am 8. September in Bern Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Arbeitsministern Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands bilden wird, erklärte der belgische Minister Thöffen: „Nach meiner Meinung hänet die Haltung Belgiens von der Deutschlands ab. Es ist selbstverständlich, daß, so lange die großen Nationen zu uns in Konkurrenz treten können — und Deutschland marschiert in dieser Hinsicht an der Spitze — ich nicht daran denken kann, im Parlament den Antrag zu stellen, uns für 10 Jahre durch die Anwendung eines Gesetzes zu binden, das uns Einschränkungen auferlegt, die die Konkurrenz für sich selbst nicht annehmen.“ — Thöffen ist der Ansicht, daß eine internationale Kontrolle über die Arbeitszeit unerlässlich ist und daß man genau die Fälle feststellen muß, in denen Abweichungen gestattet sind. Es wäre nach seiner Ansicht sonst zu einfach, ein Gesetz im Prinzip anzunehmen und es nachträglich durch Ausnahmen unvollkommen zu machen.

Ein Arzt über den Achtstundentag.

(NBB.) Das französische Unternehmerblatt „La Journée Industrielle“ weist in einem Leitartikel in den anerkanntesten Worten auf das objektive Buch des französischen Arztes Jacques Balbour über das „Leben der Arbeiter“ hin. Der Verfasser, der sich eingehend sozialen Studien hingibt, bringt seine Ferien als einfacher Arbeiter in den Fabriken zu und lebt in dieser Zeit auch in den Quartieren der Arbeiter. Er stellt u. a. fest, daß er während des letzten Sommers in den größten Arbeitervierteln von Paris kaum zehn Fälle von Trunksucht beobachtet habe. Die Kneipen werden viel weniger besucht als vor dem Kriege und ihre Zahl geht schnell zurück. Gründlichen Beobachtungen zufolge ist Balbour zum Schluß gekommen, daß diese Entwidlung hauptsächlich auf den wohlthuenden Einfluß des Achtstundentages zurückzuführen ist, der auch bewirkt, daß nicht weniger als 300000 Pariser Arbeiter nach den Vorstädten abgewandert sind und sich dort keine Häuser kaufen, bauen lassen oder selbst errichten. Alle diese Arbeiter, sagt Balbour, sind den Kneipen entfremdet und ihrer Familie zurückgegeben worden. Die „Journée Industrielle“ sagt ihren Abonnenten, den französischen Industriellen, zum Schluß: „Lest das Buch! Vielleicht wird es euch nicht immer gefallen, aber ihr werdet etwas darin finden, was heutzutage selten ist: einen aufgeweckten Geist, einen ernsthaften, unparteiischen und ungenüßlichen Menschen.“

Die Bäder gegen die Nacharbeit.

In der öffentlichen Protestversammlung am Donnerstagnachmittag in den Bädereien und Konditoreien beschützigen Arbeiter in den „Germanischen“ Stellung gegen den fünf- und sechs- und gegen die Nacharbeit. Der Referent, Genosse Heynold vom Zentralverband der Bäder und Konditoren, wies auf den 5. Januar 1915 hin, der infolge der Kriegsmassnahmen des Verbot der Nacharbeit brachte. Die gesamte Gesellschaft atmete damals auf. Seit jenem Zeitpunkt verlief nicht eine Woche, in der nicht von bestimmter Seite gegen diese Verordnung Sturm gelassen wurde. Unmittelbar nach dem 9. November 1918 wurde jedoch alle Nacht- und Sonntagsarbeit durch Gesetz verboten. Jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßte daher bei einer geschwundenen Arbeit zur Verantwortung gezogen und bestraft werden. Heynold konnte aber nachweisen, daß es die Gewerkschaft in dieser Beziehung an Willigkeit fehlen ließen. Diejenigen, die an der bestehenden Arbeitszeit vor 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends ritten, handeln weder im Sinne der Bädereigenen noch im Interesse der gesamten Bädereibeit.

In der Aussprache wandte sich u. a. auch der Bädermeister Petersohn gegen den fünf- und sechs- und gegen die Nacharbeit. Er schloß seine Ausführungen mit dem Appell: „Wie wieder Nacharbeit!“ Es ist bezeichnend, daß die kommunistischen Disziplinäre weniger zur Sache sprachen, um so mehr aber in ihrer gehässigen Weise gegen den ADGB, tobten. Ihre Reden wirkten auf die Zuhörer so ermüdend, daß sich der Saal nach und nach leerte. Dennoch steht fest, daß die Aktion für den fünf- und sechs- und gegen die Nacharbeit durchkreuzt und damit gescheitert ist.

Die Kulturmarke.

Ein beachtenswerter Vorschlag zur Förderung des Bildungswesens der Gewerkschaften macht Genosse Engelbert Graf im „Gewerkschafts-Archiv“. Er wendet sich gegen die Behauptung, daß es heute nicht möglich sei, eine umfassende, von der Gewerkschaftszentrale ausgehende Organisation genügend zu finanzieren. Das sei wohl möglich, wenn es gelingt, der Erkenntnis von der Notwendigkeit, nicht nur für den wirtschaftlichen Kampf, sondern auch für den kulturellen Ausbau die Mittel aufzubringen, in den Vorständen und Mitgliedern der Gewerkschaften Boden zu bereiten. Er berechnet, daß ein Beitrag von jährlich einer Mark, das ist aufs Vierteljahr sozial, wie ein Glas Bier oder 5 Zigaretten kosten, ausreichen würde, um eine ganze Menge Bildungsschulen zu unterhalten. Er berechnet, wenn an einer Schule im Jahre 20 zweiwöchige Lehrgänge für je 50 Teilnehmer abgehalten werden, daß die Kosten einschließlich Verpflegung, Ertrag des Lohnausfalls, Gebäudeloskosten usw. 175 000 R. betragen würden, die er auf 200 000 R. abrundet. Bei vier Millionen Beitragenden ergäben sich so die Mittel für eine ganze Anzahl solcher Schulen und eine Reihe weiterer und tieferer Bildungsaufgaben.

Schiedspruch für das Baugewerbe.

Im Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe wurde heute durch den Reichs- und Staatskommissar Reichlich ein Schiedspruch gefällt. Dieser sieht für das Kölner Lohngebiet einen Spitzenlohn von 78 Proz. vor, für das Industriegebiet einen Spitzenlohn von 74 Proz. vor. Die Parteien sollen sich bis zum nächsten Montag über Annahme oder Ablehnung erklären.

Tarifabschluss im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mittels wurde gestern in freien Verhandlungen mit dem Reichsverband der Bankleitungen folgende Tarifvereinbarung getroffen: Für September und Oktober 1924 gelten die im Schiedspruch vom 28. Juli festgesetzten Gehaltsätze. Der Reichstarifvertrag für das deutsche Bankgewerbe vom 19. Februar und 3. März 1924 wird unberändert bis zum 31. März 1925 verlängert.

Die Jugend im Metallarbeiterverband.

Die Ortsverwaltung Berlin des DMB läßt sich neben der Agitation unter den erwachsenen Berufsangehörigen auch die Fürsorge für die Jugendlichen, Lehrlinge wie Junggefelln, angelegen sein. Nach dem Wahlspruch: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft, veranstaltet die Jugendabteilung des Verbandes periodische Zusammenkünfte, in denen den Jugendlichen Gelegenheit gegeben wird, über Berufs- und Betriebsfragen zu diskutieren. Daneben werden besprechende Vorträge gehalten unter Jubiläumsnahme des sichbildenden Wanderungen in die Natur gemacht und Führungen durch Museen und Kunstmuseen abgehalten. Um den Drang der Jugend nach sportlicher Betätigung im Kreise Gleichgesinnter zu erfüllen, ist in Baumhulsenweg ein Spielplatz

errichtet, auf dem an den Sommerfesten unter Anleitung von Fachleuten Sport in allen Formen ausgeübt wird. Der Platz ist vom Bahnhof Baumhulsenweg nach Benutzung der Fähre über die Spree in wenigen Minuten zu erreichen. Im Jugendheim des Verbandsbüros in der Linienstraße 83/85 ist an bestimmten Abenden des Monats reger Verkehr. Die Jugendlichen der Berliner Metallarbeitervereine werden auf diese Einrichtungen gern hingewiesen, und auch an die erwachsenen Mitglieder ergeht der Ruf zur Agitation und Mitarbeit.

Das Ergebnis der Kleinstenwahlen der Ruhrknappschaff.

Essen, 5. September. (Z.) Das endgültige Ergebnis der Kleinstenwahlen bei der Ruhrknappschaff liegt jetzt vor. Danach erhalten die Angehörigen: Afa und 29. Gewerkschaftsbund 10, Deutschnationaler Handelsgehilfen-Verband und Verband der kaufm. Grundbesitzer 17, Reichsverband deutscher Bergbauangehöriger 5, Sonderliche Kellermann 1, zusammen 60 Sitze; die Arbeiter: Alter Bergarbeiterverband 288 Sitze, christlicher Gewerksverein 151, Unionen 193, zusammen 547 Sitze.

Gewerkschaftskämpfe in Polen.

Warschau, 4. September. (Df.) Die schleichende Krise in Ost-Oberpolen erregt nach wie vor große Besorgnis in den Regierungskreisen. Eine Arbeiterabwanderung wird in diesen Tagen in Warschau empfinden, um die Inbetriebnahme zahlreicher stillgelegter Gruben und die Aufzucht neuer (schotziger) Arbeit anstatt der zurzeit vorwiegend dringenden in den bereits funktionierenden Gruben zu besprechen. Ihererseits drohen die Industriellen, die die ihnen versprochenen Steuer- und Tarifherabsetzungen bis jetzt noch nicht verwirklicht sehen, mit weiteren Arbeitskürzungen. Die Arbeiter, für die der Ausgang des Auguststreiks den Lohnabbau gebracht hat, sind um so mehr über die gleichzeitig einsetzende gewaltige Löhnerückgangswelle erbittert. Es läßt sich eine Abkehr von den Gewerkschaften und das Wachstum der radikal eingestellten syndikalistischen Organisationen beobachten.

Vor entscheidenden Beschlüssen steht auch das Kohlenrevier von Dombrowa. Die Grubenbesitzer verlangen eine Herabdrückung der Löhne um 5 Proz. für den Monat September, vorbehaltlich einer rückwirkenden Kürzung um weitere 5 Proz., falls sich die Konjunktur nicht bessern sollte. Die Gewerkschaften berufen sich dagegen auf die Leuerung, die 6 Proz. für die notwendigen Bedarfsartikel erreicht; sie sind bereit, den Lohnabbau zeitweilig hinzunehmen, weigern sich jedoch, einen bindenden Kollektivvertrag abzuschließen, auf dem die Arbeitgeber bestehen.

Vom Reichsgruppenrat der Töpfer hatten wir in Nr. 415 des „Vorwärts“ u. a. berichtet, daß die Vertreter des Glasarbeiterverbandes, die Genossen Grünzel und Müller, für den Anschluß der Glasarbeiter an den Baugewerksbund als keramische Gruppe eingekarteten seien. Hierzu erhalten wir von dem Genossen Grünzel 2. Verhandlungsgegenstand des Zentralverbandes der Glasarbeiter folgende Zuschrift:

„Die Darstellung ist irrig. Ich habe mich weder persönlich, noch als 2. Vorsitzender meines Verbandes, in keiner Weise beteiligt. Das wäre auch gar nicht möglich gewesen, weil noch Verhandlungen mit anderen keramischen Verbänden geführt werden müssen; und es eine Frage dieser Verhandlungen bleiben muß, ob der Anschluß der Glasarbeiter an den Baugewerksbund oder an den Verband der Fabrikarbeiter erfolgt. Beide Organisationen haben keramische Gruppen in ihrer Mitte.“

Auch die Ausführungen des Genossen Müller sind nicht in der verfassungsmäßigen Form gehalten gewesen.“

Der Verfasser unseres Berichtes, Genosse Kemnitz, bestätigt die Richtigkeit dieser Darlegung, soweit sie den Genossen Grünzel betrifft, und erklärt den Widerspruch wie folgt:

„Ich glaube zur Zusammenziehung der Reden von Grünzel und Müller berechtigt zu sein, da Müller als zweiter Redner ausgingen ließ, daß er persönlich für den Anschluß zum Baugewerksbund eintreten würde.“

Angestellte der Geldschrankfabriken und Bauhölzereien. Der neue Rahmenvertrag ist auf Grund der Verhandlungen vom 2. September endgültig fertiggestellt. In dieser Verhandlung wurde gleichzeitig die Vereinbarung getroffen, daß die Juli-gehälter auch für den Monat August 1924 Geltung haben. Ueber die Septembergehälter wird Ende des Monats erneut verhandelt. Der neue Rahmenvertrag befindet sich im Druck.

Werbung, Zimmerer: Die Berrauensleute werden ersucht, darauf hinzuwirken, daß die für die hiesige Arbeit herausgegebenen Prospektblätter, soweit sie nicht abgehoben sind, unbedingt heute abend in den Bezirksstellen abgehoben sind. Die Prospektblätter werden ersucht, die Prospektblätter spätestens am Montag, den 8. 9., im Bureau abzugeben. Weiter weisen wir darauf hin, daß für Kalkulier (Georgel und Hellenbogen) wieder neuen Best. gebildet ist. Alle dort vorhandenen Kameraden werden ersucht, sich dort anzumelden. Kassierer Wilhelm Wolff, Füllenteufel, Georgel, Str. 14. Der Vorstand.

Vertrieb des Baugewerksbundes, Baugewerksbund Berlin, Berlin, Prenzlauer Berg, im Gewerkschaftsheim: Am Sonntag, den 7. September, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftsheim, Sozial-Vereinssammlung aller im Gewerkschaftsheim, Feuerungsbau, sämtlichen Kollegen. Persönliches Erscheinen jedes Kollegen ist Pflicht! Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Stadgruppenleitung.

Jugendveranstaltungen.

Mädchenkonferenz am Montag, den 8. September, abends 7½ Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 2. Stellungnahme zum Mädchenkursus in Länisch, die Mädchen müssen erscheinen.

Seite, Sonnabend, den 6. September:

Wahlkreis Berlin: Sonnabend und Sonntag Beteiligung am Unterbezirksjugendtag in Berlin. — Schöneberg I: Unterbezirksfeier Storkow. Treffpunkt 10 Uhr, Hbf. Schöneberg.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

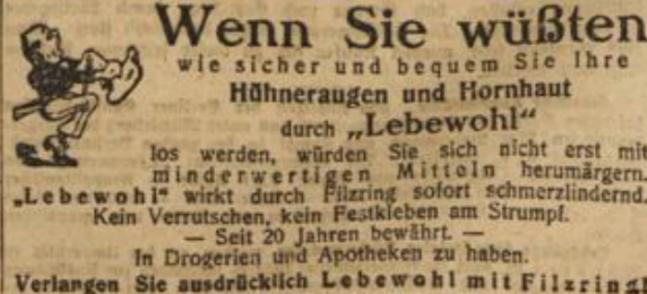
Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.

Wahlkreis Berlin: Sonntag, 8. September, abends 8 Uhr, Abfahrt aller Teilnehmer am Jugendtag in Borsdorf. Treffpunkt 4 Uhr, Hbf. Friedrichshagen. Nach nicht gefälliger Anschließungen des Fahrgeldes und Erzielung etwaiger Reueänderungen werden am Treffpunkt, spätestens 1½ Uhr, noch entgegenzunehmen. Rückführer und Instrumente sind mitzubringen. Erfreut pünktlich.



Wenn Sie wüßten wie sicher und bequem Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut durch „Lebewohl“ los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzstillend. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. — Seit 20 Jahren bewährt. — In Drogerien und Apotheken zu haben. Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring!

Sonntägliche Wanderziele.

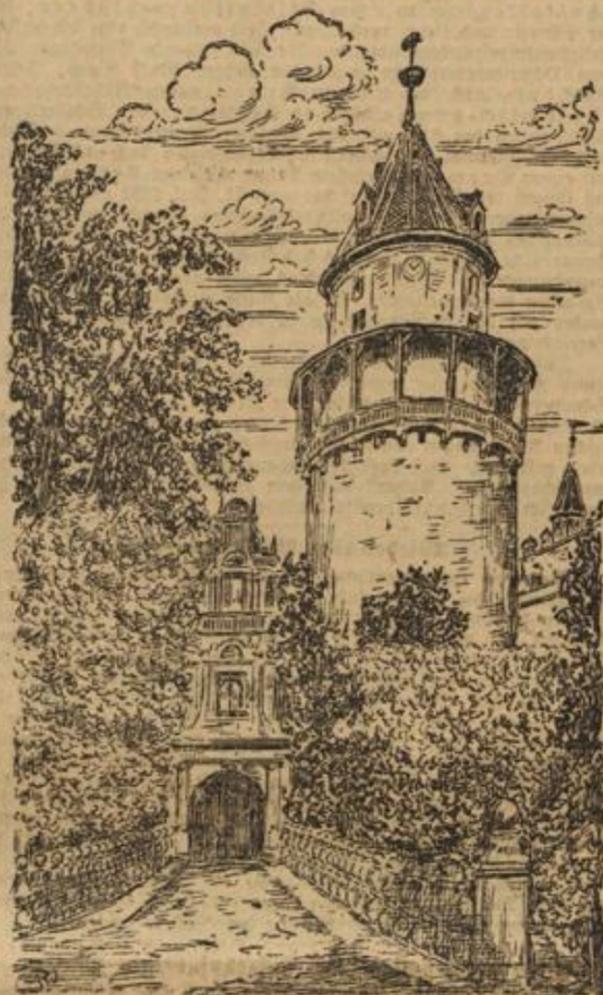
Belzig-Wiesenburg.

Am Südwesten der Mark liegt das Gebiet, das wir zu einer Wanderung in die blühende Heide erwählen. Von der Stadtbahn fahren wir mit den Fernzügen der Wehlarer Bahn bis Belzig. Schon vor fast tausend Jahren, in einer Urkunde von 949, wird die Burg Belzig in der Form von Belzhi erwähnt. Sie war eine Grenzfestung des sächsisch-ostslawischen Herzog- und Kurfürstentums. Später kam Belzig zu Sachsen, bei dem es bis 1815 verblieb. In die sächsische Zeit erinnert noch eine Postsäule, die in dem sich dicht an Belzig anschließenden Dorf Sandberg steht. Die alte Burg, das einstige sächsische Grenzhaus, liegt auf einem steil aufragenden Hügel; seit 1465 wird sie der Eisenhardt genannt. Ueber den Wallgraben führt eine steinerne Brücke, vor der eine gewaltige Linde steht. Die Burg ist öfter von Kriegsnöten heimgesucht worden; der Bergfried hat jedoch die Zerstörungen standgehalten. 33 Meter ist er hoch; seine Mauern sind unten 4, oben 1 Meter dick. Sie bestehen aus Granitblöcken. Eine schöne Fernsicht bietet sich von der Plattform des Bergfrieds. Vom Wiesenburg-Tor in Belzig steigt die Gliener Straße zur Wiesenburg-Chaussee an. Vor der Chaussee wenden wir uns sogleich rechts ab, an der Begleitung nochmals rechts, und wandern durch den Grünen Grund, der am Hüttenberg vorbeiführt. Wir kommen zur Landstraße, die uns zum Dorfe Hagelsberg bringt. Westlich vom Dorf liegt der Hagelsberg; eine Windmühle dreht auf seinem Hügel ihre Flügel. Der Hagelsberg ist der höchste Berg des Fläming, überhaupt des Regierungsbezirks Potsdam. 201 Meter steigt er über den Meeresspiegel auf, jedoch erscheint seine Höhe nicht so gewaltig, da er sich über seine gleichfalls ziemlich hoch liegende Umgebung nur wenig erhebt. Nördlich vom Hagelsberg liegt der 182 Meter hohe Borussenberg mit einem Denkmal zur Erinnerung an die Schlacht, die am 27. August 1813 hier tobte. Wir wandern vom Dorf Hagelsberg westlich zum Gut Schmerwin und in gleicher Richtung weiter, am Schlosspark vorbei zu dem Wege nach Wiesenburg. Auch Wiesenburg ist eine alte Burg, die schon 1161 erwähnt wird. Als einziger Rest ist nur noch der Bergfried erhalten, ein 48 Meter hoher Turm, völlig von Efeu bewachsen, mit einem überdeckten Rundgang (siehe Abbildung). Von dem Bergfried genießen wir einen schönen Ausblick, vorausgesetzt, daß der Besuch nicht unterliegt ist, wie dies bei derartigen Gebäuden jetzt leider häufiger der Fall zu sein pflegt. Das jetzige Dorf Wiesenburg war ehemals ein Marktflecken oder Städtchen. Die aus dem 13. Jahrhundert stammende Kirche aus Feldstein ist um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts erneuert worden. Vom Dorf wandern wir zu dem eine halbe Stunde entfernt liegenden Bahnhof und fahren von hier nach Berlin zurück. Weglänge etwa 18 Kilometer. Die Heide ist am schönsten, wenn sie blüht! Und solche Heidelandschaften größerer Ausdehnung treffen wir auf einer Wanderung durch den Fläming an. Der von der Heideblüte bläulichrot schimmernde Boden, das dunkle Grün einer Umrahmung von Kiefernwald, einige Birken mit hellgrünen und weißen Farne, dazu vielleicht noch Ebereschen mit ihren korallenroten Fruchtbüscheln, und alles überspannt von dem hellblauen Spätsommerhimmel, wahrlich ein Landschaftsbild von so prächtiger Farbenzusammensetzung, wie sie eben nur die Heidelandschaft zur Blütezeit bieten kann!

Buch-Lehnitz.

Sehr schöne Gebiete blühender Heide zeigen auch die ausgedehnten Kiefernwälder im Norden der Reichshauptstadt zwischen Stettiner und Nordbahn. Wir fahren vom Stettiner Bahnhof bis Buch, wenn wir Glück haben, mit einem der neuen elektrischen Züge. Das Dorf Buch ist in alter Zeit Wendisch-Buch. Vom Bahnhof Buch führt uns die zahlreicheren Gebäude der Krankenanstalt, die sich besonders östlich der Bahn ausdehnt. Wir wandern auf der Chaussee nach Schönerlinde am Nordwest. Rechts der Straße, auf dem Gelände der Städtischen Irrenanstalt, hat man vor etwa 15 Jahren bei den Ausschachtungsarbeiten für die Anstaltsgebäude die Spuren eines bronzezeitlichen Dorfes aufgefunden, das auf ein Alter von gut drei Jahrtausenden zurückführt. Zahlreiche Pfostenlöcher wurden entdeckt, aus denen die Grundrisse vieler Häuser zusammengestellt werden konnten. Auch Reste des Lehmewerks der Hauswände fand man, ebenso viele

Tierknochen, Körnerfrüchte, Gefäßscherben und Bronzegegenstände. Alle die Funde zusammen ergeben ein ziemlich deutliches Bild von der Lebensart jener Menschen und von ihrem Hausbau, ihrer Siedlungsweise. Das bronzezeitliche Dorf von Buch ist die erste derart umfangreiche Siedlungsspur aus der Vorgeschichte in der Mark Brandenburg. Seine Erforschung war bahnbrechend für die Siedlungsforschung der Vorgeschichte. Späterhin sind noch andere märkische Siedlungsplätze aufgefunden und erforscht worden, jedoch ist keiner dabei, der die Ausdehnung des Bucher Plazes hat. Wir folgen der Straße bis zur Kreuzung der Chaussee nach Lanke.



Der Berg led bei Schloß Wiesenburg.

Hier biegen wir rechts ab. Am Forsthaus Buch vorbei, das in der schönen, allerdings schon arg verkleinerten Bucher Forst liegt, kommen wir nach Hübrettsfelde, wo im Lauf der letzten Jahre zahlreiche städtische Anlagen neu entstanden sind. Wir wandern in bisheriger Richtung weiter bis zur Chaussee von Bernau am Rand der Bernauer Stadforst. Hier war der Boden in jedem Spätsommer mit einem rötlich schimmernden Teppich blühender Heidekrauts bedeckt. Auf der Bernauer Chaussee gehen wir nach links, in der Richtung nach Schönwalde, bis zum Gorinssee. Dieser kleine märkische Waldsee ist ein beliebtes Ausflugsziel der Keiner märkischer Naturschönheiten. Wir wandern am Ostufer des

Gorinssees nach Norden zum Gestell G, das hier vorbeiführt. Auf dem Gestellweg gelangen wir in westlicher Richtung über die Brenzlauer Chaussee und bald darauf über die Kleinbahn nach Liebenwalde und Groß-Schönebeck hinweg in die Nähe von Dammsmühle. Hier beginnt das frühere Haffogebiet. Gen Nordnordwest führt der Weg durch den schönen Kiefernwald nach Zühlsdorf. Eine mächtige alte Linde steht in dem Garten der nach ihr benannten Gastwirtschaft. Von Zühlsdorf wandern wir gen Nordwest. Bei der Zühlsdorfer Mühle überschreiten wir die Brieze, die ihren Ursprung im Wandlitzer See hat. Sie durchfließt dann den Rahmer und Lubowsee und eilt nun als liebliches Waldfließ nach Birkenwerder, wo sie sich mit der Havel vereint. Wir kommen bald über die Liebenwalder Chaussee. Auch in dieser Gegend sind große Flächen des Waldbodens mit einem dichten Heidekrautteppich bedeckt. Wir kommen zum Waldbrand, an die zu Schmachtenhagen gehörige Siedlung, wenden uns jedoch auf dem Wehlarer Wege alsbald gen West wieder in den Wald. Nach etwa 20 Minuten kreuzt das Gestell T, das Behmlängengestell, unseren Weg. Wir wenden uns auf diesem gen Nordwest. Das Gestell führt durch schönen Hochwald hin. Mitunter ist das Gelände hügelig; links vom Wege liegt der Spitzkopfburg. Zum Schluß kommen wir über zahlreiche Hügel an die Chaussee Dranienburg-Schmachtenhagen, dicht vor der Brücke über den Steingraben. Wir gehen neben diesem Fließ, das aus dem Grabowsee kommt, nach Süden zum Wehlarsee. Auf dem Ostufer des Sees, unterhalb der Kiefernbeständen Uferhöhen, führt der Weg weiter. Der Wehlarsee gehört zu den eiszeitlichen Kinnenseen. Er erstreckt sich in nordöstlicher Richtung etwa 2 1/2 Kilometer, während seine größte Breite etwa 500 Meter beträgt. Die Schmelzwassergraben fließt nach Norden durch das Tal des Steingrabens zum Grabowsee fort. Sie verläuft östlich neben dem Tal der Havel, in das sie südlich vom Wehlarsee einmündet. Der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin benutzt von Malz bis Wehlar diese Rinne, die einen geraderen und kürzeren Lauf des Kanals ermöglicht als die im westlichen Bogen sich herumziehende, reich gewundene Havelniederung. Durch die von alten Birken eingefasste Fließtrasse wandern wir durch Lehnitz zum Bahnhof, von wo aus die Vorortzüge der Nordbahn uns nach Berlin zurückbringen. (Weglänge etwa 30 Kilometer.)

Nachsommer.

Es herbstet! Schon taucht langsam Pelzwerk auf. Nicht nur in Schaufelstern. Aus dem Pelzwerk lächeln — mollig eingekuschelt — zufriedene Gesichter, die sich kürzlich erst an einem Badestrande den sommerfarbenen Teint geholt haben. Man trägt ihn selbstzufrieden, den Teint, weil man weiß, daß jeder Bekhauer feststellen muß, daß so ein Fordebekennerdürfen allerhand „Gold“ gekostet hat. Und warum sollte man sich den Reiz aller Reize nehmen lassen: zu zeigen, daß man's kann? Empfiehlt doch eine Berliner Firma in ihrem neuesten Katalog einen „vornehmen Damenmantel mit modernem üppigen Kragen“ aus Reiz für 3875 M.

Berlin hat auch Stadtteile, in denen man keine Pelze und keine Strandpromenadengeschäfte findet; dafür aber federleicht „duftige“ Sommerkleider und bleiche Frauenmengen.

Wenn man abseits des großstädtischen Verkehrsstromes einige Augenblicke stillhält, tut sich die Not in den verschiedensten Gestalten kund. Etwa so: Ein Mensch sucht mühsam nach einem Gesprächsunterstützungspunkt. Man reagiert, und schon ist es da: „Du mach dem Manne nicht eine Arbeit verschaffen könne?“ Zulezt braucht es bloß ein Groschen für Kartoffeln zu sein, weil die Familie entsehrlich hungere. — Ein Bierzjähriger sagt, mit einem Blick auf seine Kleidung: „Sehen Sie, jetzt ist man noch nicht ganz heruntergelumpt, jetzt könnte man sich noch vertrauensvoll irgendwo um eine Stelle bewerben, aber wenn dieses letzte Gewand hin ist, dann ist alle Hoffnung vorbei!“ Man merkt: in diesem Familienvater mit seiner verschämten Armut lebt noch ein starker Wille zur Arbeit. Dem Manne könnte noch geholfen werden. Heute sind es bei Zehntausenden in erster Linie Nahrungsorgen. In wenigen Wochen wird sich der Schrei der Not verdoppeln: Hunger und Kälte! Keine Kohle und durchscheinende Sommerkleider. Und Pressenotigen: „In der Wohnung erfroren“ — „Aus Hunger in den Tod“ — usw. Man kennt es!

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.

„Was machte das? Dann bekamen wir eben ein neues Wurm. Mein anderer Bruder ist auch gestorben, als die Alten einmal ausgegangen waren und ich auf ihn achtgeben sollte — damals war man ja so ein Einfaltspinsel, den sie zu allem herantreiben konnten. Ich war bloß ein bißchen ausgegangen, zum langen Peter. Als ich dann nach Hause kam, war ihm der Zulp zu tief in den Hals geraten, und er war tot. Ich dachte, er schlief, denn ich war erst zehn Jahre alt, siehst du. — Aber Brügel hat es gefehlt für mich, weil der liebe Gott ihn zu sich genommen hatte. Und da haben wir die Kleine da dafür gekriegt.“

„Auf die darfst du doch wohl nicht achtgeben?“

„Gewiß, die Alten wollen schon, aber du mußt nur nicht glauben, daß ich so dumm bin, es zu tun.“

Während Lars Kaffee kochte, fütterte Thorvald das Kind mit gefauten Birnen und bemühte sich, es zum Lachen zu bringen.

„Du, daß so ein kleines Wesen lachen kann, was!“ rief er entzückt Lars zu, wenn es gelang.

„Sie versteht sich besser aufs Brüllen,“ entgegnete Lars trocken.

Während die Jungen Kaffee tranken, legte sie Proben dieser Tüchtigkeit ab, und die beiden süßten ihr etwas von der Brühe ein, um sie zum Schweigen zu bringen. Aber es fruchtete nichts.

Thorvald rückte etwas von ihr fort und schnitt eine Grimasse, so oft sie schrie. Seine Begeisterung nahm bereits stark ab, und er hielt sich die Ohren zu.

„Sollen wir ihr nicht ein Deckbett über den Kopf legen, das dämpft den Laut?“ schlug er zuletzt vor und griff nach dem Bettzeug.

„Nein, das wäre ein Unrecht,“ sagte Lars und fing an, ihr gut zuzureden und zu untersuchen, was denn los sei.

„Es ist plattschnaß, das kleine Wurm.“ In Ermangelung von etwas anderem nahm er den Unterrock und schob ihn unter sie.

Das half für eine Weile, aber bald begann sie wieder zu schreien, und Lars mußte sie aufnehmen.

Mit seinem Vater war nicht zu spaßen, und das Bewußtsein, daß er jeden Augenblick kommen konnte, sowie das

anhaltende Gebrüll des Kindes und die zunehmende Dunkelheit raubten den Knaben etwas von ihrer Reiztheit.

Der Kaffee schmeckte auch weder nach Sodawasser noch nach Lakrit, obwohl sie sich an jedem Mundvoll ergötzen. Sie versuchten, Brantwein hineinzutun, aber das verschlug nichts. Dann probierten sie, Pfeffer und Zimt hinzuzufügen, mit dem Resultat, daß beiden schlecht wurde und sie die Zuckerchale leeren mußten, um sich wieder zu erholen.

Inzwischen lauteten sie gespannt auf jeden Laut, und als endlich vor dem Hause Lärm zu hören war, führen sie auf, schlüpfen zur Küchentür hinaus und verschwanden über den Bretterzaun.

Lars hatte aus naheliegenden Gründen beschlossen, die Nacht draußen zu verbringen, und auf dem Marktplatz trennte er sich von Thorvald und schlenderte zum Hasen hinunter. Dort richtete er sich für die Nacht in einem Fischkasten häuslich ein.

Inzwischen sah Madam Frank zu Hause und wartete. Sie war längst mit dem Rollen fertig, hatte den größten Teil der Wäsche ausgetragen, ihr Geld dafür bekommen und ihre wöchentlichen Einkäufe der allernotwendigsten Dinge gemacht: Kaffee, Zucker und dergleichen. Den Zucker hatte sie wie gewöhnlich in der Kommodenschublade verschlossen, damit er Thorvald nicht in die Finger fallen sollte.

Rum sah sie und zählte auf einem Stück Papier die einzelnen Posten zusammen, um die Rechnung des Kaufmanns in Einklang mit dem Gelde zu bringen, das sie noch übrig hatte. Es haperte damit, und es fehlten fortwährend anderthalb Kronen. Sie war schon sicher, daß der Kaufmann sie betrogen hätte, als ihr plötzlich einfiel, daß sie auch den Bäcker bezahlt hatte.

Sie rechnete den Verdienst der Woche zusammen. Acht Kronen machte es aus — mit der Wäsche, die sie noch abzuliefern hatte. Das war eigentlich ein ganz hübscher Wochenlohn, und doch reichte er kaum aus. Gott sei Dank! Jetzt waren die Tage länger, und man sparte Heizung und Licht. Im vorigen Winter hatte sie zwei Liter Petroleum in der Woche gebraucht und jetzt kaum eins in vierzehn Tagen. — Aber dafür ging in der heißen Zeit, wo die Leute stark schwitzten, auch mehr Seife und Soda drauf.

Dann legte sie den Bleistift und den Lütenschen, den sie zu ihrer Rechnung benutzt hatte, beiseite und machte sich an die beiden Körbe mit Wäsche, die noch nicht ausgetragen waren. Meist war es Wäsche für alleinstehende Mannsleute,

Handwerksgesellen, Steinarbeiter und ähnliche Personen: Blüsch- und Leinenhosen, blau karierte Hemden und hellblaue Kittel. Stück für Stück sah sie sorgfältig nach; sie nähte Knöpfe an die Hemden, stopfte die Strümpfe, und heftete hier und da einen Flick an ein Paar Leinenhosen.

Sie folgte dem schwindenden Tageslicht mit ihrer Arbeit, rückte zuerst ans Fenster, dann auf die Küchentreppe, und erst als ihr die Augen wehtaten und es gelb in ihnen brannte, wenn sie sie von der Arbeit hob, ging sie hinein und machte Licht.

Das waren Madam Franks beste Stunden, wenn sie so allein für sich sah und nachdachte und sich über niemanden zu ärgern brauchte. Besonders am Samstagabend, wenn sie die Früchte der Arbeit einer ganzen Woche einheimste, war ihr ziemlich wohl zumute. Alle ihre Gedanken und Kummerstücke drehten sich darum, mit ihrem Gelde auszukommen, und sie fand mit der Zeit ein gewisses Behagen darin, immer und immer zu rechnen, zu überlegen und sich vor der Zukunft ein wenig zu gräulen.

Rum war bald die Zeit da, wo man sich Brennholz für den Winter kaufen mußte, um es billig zu bekommen, aber woher sollte man das Geld nehmen? Und um ihre eigenen Sachen war es ganz schlimm bestellt. Sie hatte kein neues Kleid gekriegt, seit sie Dienstmädchen gewesen war, sondern hatte die alten immer wieder gemendet und gestickt. Für ein Dienstmädchen war sie allerdings recht reich ausgestattet gewesen; fünf gute Kleider hatte sie gehabt, so gut wie neu, und dann das Brautkleid, das der Brauer selber ihr geschenkt hatte. Aber jetzt fielen sie alle auseinander. Und zum Herbst sollte der Junge konfirmiert werden, da konnte sie ein ordentliches Kleid nicht entbehren. Und der Konfirmationsanzug mußte beschafft werden und am liebsten ein kleiner Festschmaus, wenn man nicht wie die Armenhäuser dastehen wollte! Und Postor und Küster mußten auch etwas bekommen, der Pfarrer mindestens zwei Kronen; sonst lud er den Jungen nicht mit ein zu dem Schokoladenschmaus, den er für die Konfirmanten zu veranstalten pflegte, und dann war es gleich in der ganzen Stadt bekannt.

Aber Madam Frank wollte nicht in den Ruf kommen, geizig zu sein, und noch weniger wollte sie sich beschuldigen lassen, daß sie nicht bezahlen könnte.

Dann war da die Frage, wie man dem Pfarrer das Geld zukommen lassen sollte; denn es dem Jungen zu geben und die Sache durch ihn erledigen zu lassen, wie es sonst Sitte war, das war sicher zu gefährlich. (Fortsetzung folgt.)

Gestern abend noch beobachtete ich eine Welle ein Greifenweibchen, das aus einer Hülle abweichend zwei Kapperbüche Arme hervorstreckte. Streckhölzer gefällig, gnädiger Herr, Streckhölzer...? Den Hintergrund zu diesem schmerzhaften Wesen gab das raffiniert dekorierte, mit höllischem Rot erfüllte Schaufenster eines Seidenhauses. Lurusautos waren Dreifsprieger über das Bild und roten höhnlich-gurgelnd weiter. Regen strichelte unauffällig herab. Man fröstelte. Man fror! Monoton wie der Regen: „Streckhölzer gefällig, gnädiger —“ Einmal schritt die weinerliche Stimme plötzlich ab, und die Welle fiel wie ein häusliches Wesen in sich zusammen: vor dem höllisch brennenden Schaufenster, einen halben Schritt vor ganzen Bergen von echter Seide...

Ein tödlicher Selbstschuß.

Im Berufsjahr ums Leben gekommen.

Ein eigenartiger Unglücksfall, der durch Selbstschüsse hervorgerufen worden war, führte den Fabrikbesitzer Beipel wegen fahrlässiger Tötung vor das Schöffengericht Schöneberg.

Der Angeklagte hatte in dem großen Garten seiner Villa Selbstschüsse gelegt, um sich vor Einbrechern zu schützen. Diese hinderten jedoch zwei Einbrecherhanden keineswegs, der Villa mehrmals wiederholte Besuche abzuhalten. Deshalb hatte der Fabrikbesitzer noch einen besonderen Wächter namens Geister angeheilt. Als dieser nun eines Nachts in der Villa verdächtige Geräusche hörte und Einbrecher vermutete, stieg er in die Villa ein. Am gleichen Moment wurde er in die Luft geschleudert und fiel erschmettert tot zu Boden. Unglückslicherweise war er mit einem Selbstschuß in Berührung gekommen, so daß sich dieser entzündete. Während der Staatsanwaltschaft vier Monate Gefängnis beantragte, wies die Verteidigung darauf hin, daß der Getötete das Opfer seiner eigenen Unvorsichtigkeit geworden sei, denn er habe die Selbstschüsse gelegt. Das Gericht kam aus diesem Grunde dann auch zu einer Freisprechung.

Von juristischer Seite wird uns zu dem Fall geschrieben: Ein Wächter behält für geringes Entgelt Sicherheit und Eigentum eines Willenbesizers und kommt dabei angeblich durch „eigene Unvorsichtigkeit“ ums Leben. Das Gericht spricht den Willenbesitzer frei, weil der Wächter die Anlage der tödlichen Selbstschüsse gut gekannt haben soll. Hat er aber auch wissen müssen, daß die Selbstschüsse tödliche Folgen haben könnten? Kann es überhaupt festgestellt sein, Menschen, selbst Einbrecher ohne weiteres ins Jenseits zu befördern? Die Polizei warnt den Uebelthäter, bevor sie zur Waffe greift; sie ruft ihm „Halt!“ zu oder „Hände hoch!“, bevor sie schießt. Der Willenbesitzer aber legt Selbstschüsse an, die nicht allein Einbrecher töten können, sondern auch den gegen die Einbrecher bestellten Wächter getötet haben und — wird von der Anlage, die auf fahrlässige Tötung lautete, freigesprochen. Gab es denn wirklich nicht weniger gefährliche und trotzdem wirkungsvolle Alarmvorrichtungen, die die Villa gegen das Einsteigen von Einbrechern zu sichern imstande gewesen wären? Zweimal hatten bereits Einbrecher dem Willenbesitzer einen Besuch abgestattet. Er glaubte sich im Zustand der Notwehr zu befinden, die der § 53 des Strafgesetzbuches vorsieht. Stellen aber tödliche Selbstschüsse nicht eine vorläufige Ueberschreitung dieser Notwehr vor? Der Bürger hat ein selbstverständliches Recht, sein Eigentum zu schützen. Sind Verbrecher letzten Endes auch Opfer unserer sozialen Zustände, so braucht man sich trotzdem nicht ausplündern zu lassen. Es geht aber nicht an, selbst Verbrecher als Fremdling zu behandeln. Um so weniger dürfen alle Schutzvorrichtungen, die den Verbrechern gelten, die Beschützer des gefährdeten Eigentums zugrunde gehen lassen. Wir wissen nicht, ob der Wächter Frau und Kind hinterlassen hat. Sollen auch die kein Recht auf Entschädigung haben? Jedenfalls wäre es unbedingt notwendig, daß einmal behördlich festgestellt wird, welche Selbstschüsse zulässig sind.

Noch einmal ein Prozeß Leder.

Die Vorgänge auf dem Wilmersdorfer Wohnungsamt.

Der Fall des Stadtschreibers Leder vom Wohnungsamt Wilmersdorf, der seinerzeit außerordentlich viel Staub aufwirbelte, stand gestern aufs neue vor der ersten Ferienkammer des Landgerichts III zur gerichtlichen Erörterung an.

Leder wurde bekanntlich beschuldigt, Wohnungsziehungen von solchem Ausmaße betrieben zu haben, daß das geflügelte Wort entstand, er habe in seiner Wohnung das „keine Wohnungsamt“. Wie erinnerlich, wurde die Sache durch den Bankdirektor Wolpe ins Rollen gebracht, jedoch blieben von dem beigebrachten umfangreichen Material nur fünf Fälle übrig, bei denen es sich um Geschenke oder Anläufe von Klubesseln, Teppichen usw. handelte. In zwei Fällen erkannte das Gericht bereits auf Freisprechung. In den übrigen Fällen wurde Leder von dem genannten Gericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, indem das Gericht eine an sich pflichtwidrige Handlung als vorliegend annahm. Gegen dieses Urteil war Berufung eingelegt worden. Leder, der übrigens nur in der Beschlagnahmestelle beschuldigt war und keine Mieter einweisen konnte, bestritt auch gestern wiederum, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Seine Verteidiger führten dazu weiter aus, daß hier ein Nachseßzug des Banddirektors vorliege, der sich mit Argwohn in Verbindung gesetzt habe, mit denen zu verfahren das Wohnungsamt Schöneberg verhalten habe. Das Berufungsgericht erkannte auch in zwei weiteren Fällen auf Freisprechung und es kam nur in dem dritten Falle, bei dem es sich um ein Geschenk in Gestalt einer Geldtasche und von 50 Zigarren handelte, zu einer Verurteilung. Es erkannte gegen Leder, dem von seinem Vorgesetzten das beste Zeugnis ausgestellt wurde, auf einen Monat Gefängnis, der aus Grund des Geldstrafengesetzes in 300 M. Geldstrafe umgewandelt wurde. Diese wurden überdies noch, da Leder seinerzeit in Untersuchungshaft genommen worden war, durch die erlittene Unternehmungshaft als verbüßt angesehen.

Das „Flagenrecht“ des Hauswirts.

In Nr. 410 berichteten wir aus Prißwalf über ein eigenartiges Vorgehen gegen die schwarzrote Fahne der Republik. Der Bewohner eines vorläufigen Mietshauses, das der Firma R. Forell aus Breslau gehört, war vor dem gesetzlichen Vertreter der Eigentümerin mit einer Klage behelligt worden, weil dieser Mieter an Feiertagen der Sozialdemokratischen Partei und der Republik schwarzrote Fahnen zum Fenster seiner im ersten Stockwerk belegenen Wohnung hinauszuhängen pflegt. Das Gericht sollte, so wurde verlangt, gegen ihn entscheiden, daß er das künftig zu unterlassen habe, weil sonst der Eindruck erweckt werden könnte, daß die Eigentümerin des Hauses oder auch ein im Erdgeschoß als Mieter wohnender Geschäftsinhaber es mit der Sozialdemokratischen Partei habe. Diese Klage, deren Begründung ein angeblich nur dem Hauswirt zustehendes Recht, sein Haus zu besetzen, geltend machte, ist von uns gebührend gerandacht worden. Jetzt erhalten wir von einem Berliner Vertreter der Breslauer Firma R. Forell die Mitteilung, daß der Vertreter des Prißwalder Hauses die Klage „ohne Wissen der Firma“ erhoben habe. Die Firma R. Forell, deren Inhaber auf dem Boden der republikanischen Verfassung steht, habe, sobald die Angelegenheit ihr zu Ohren gekommen sei, die Zurückziehung der Klage verlangt. Mit Befriedigung nehmen wir Kenntnis von diesem Ausgang der durch den „Vorwärts“ an die Öffentlichkeit gebrachten skandalösen Affäre. Wir bemerken übrigens, daß in der Klageschrift der Vertreter des Prißwalder Hauses ausdrücklich als Bevollmächtigter der Firma R. Forell bezeichnet wird und daß die Klageschrift beginnt: „Komme ich Klägerin, deren Vollmacht ich überreichte, bitte ich um Anberaumung eines Verhandlungstermins, in dem ich beantragen werde usw.“ Weiter unten wird gesagt: „Die Klägerin hat den Beklagten wiederholt aufgefordert, das Aus-

hängen des Flaggenschmuckes zu unterlassen, aber vergeblich.“ Was hat die Firma R. Forell nun gegen den schuldigen Hausverwalter unternommen?

Das Ende des „Nachtanz“-Schwindels.

Urteil im Disziplinarverfahren gegen Lehrer Koch.

Man erinnert sich noch der wüsten Hehe, die von rechtsstehenden Parteien gegen die Berliner Schulverwaltung betrieben wurde, weil in Gemeindefschulen Moosbisch angeblich „Nachtänze“ von Schültern unter Leitung des Lehrers Koch aufgeführt worden sein sollten. Das Wort „Nachtänze“ ist keine Wirkung, in Wirklichkeit aber handelte es sich um rhythmisch-gymnastische Übungen nachler Kinder, und Koch leitete sich nicht als Schullehrer, sondern als Mitglied einer Gruppe von Freunden der Körperkultur. Doch er Schulkollegen zu den Übungen bemühte, hat gegen die Schulverwaltung die Möglichkeit, von der Angelegenheit eine Darstellung zu geben, die den Eindruck erweckt, wie wenn die angeblichen „Nachtänze“ sozusagen ein Teil des Schulunterrichtes gewesen wären. Die Übungen waren eine gänzlich private Veranstaltung, für die lediglich Koch und andere Beteiligten die Verantwortung trugen.

Erst nach langem Besinnen entschloß sich das Provinzial-Schulkollegium zu einem Disziplinarverfahren, das die Schreier und Heher verlangten. Jetzt verbreitet eine bürgerliche Zeitungskorrespondenz über das Urteil folgende Mitteilung: „In dem Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Wolf Koch, Rektor Buchholz und die Lehrerin Bruno wegen Abhaltung von rhythmisch-gymnastischen Übungen mit Schülern und Schülerinnen der 240. und 254. Berliner Gemeindefschule in unbedeutendem Zustande, sind gestern die Beschuldigten Koch und Buchholz mit einem Verweis, Fräulein Bruno mit einer Verwarnung auf Grund des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852 von der Disziplinar-Kammer des Provinzial-Schulkollegiums bestraft worden. Bei Fällung des Urteils wurde in Betracht gezogen, daß unzulässige Handlungen nicht festgestellt sind und daß Koch nicht von unedlen Motiven ausgegangen ist. Straferhöhend wirkt aber das eigenmächtige Vorgehen des Angeklagten, der die Kurse eingerichtet hat, ohne sich vorher mit der Aufsichtsbehörde in der vorgeschriebenen Form in Verbindung zu setzen.“

Das also ist das Ergebnis der Hehe, die sich in Ihren letzten Zielen weniger gegen den Lehrer Koch, als gegen die Berliner Schulverwaltung gerichtet hatte. Der „Nachtanz“-Schwindel ist nämlich zusammengebrochen, und von den verurteilten Anklagen angeleglicher „unzulässiger Handlungen“ ist nichts übrig geblieben. Daß Koch, der jetzt nur einen Verweis erhalten hat, inzwischen durch „Abbau“ aus dem Schuldienst ausgeschieden ist, wurde im „Vorwärts“ bereits gemeldet.

Wieder eine Wassersperre!

Wenn ein Hauseigentümer das Wassergeld schuldig bleibt, wird den Mietern die Wasserzufuhr abgeschnitten. Das ist alter Brauch bei den Berliner Wasserwerken und an ihm halten sie fest, unbekümmert um die Folgen für die Mieter. Auch in dem Gehaus Jakobikirchstraße 3 und Mathieustraße 16, das einer Berliner Bank gehört, ist wegen Nichtzahlung der Wasserrechnung jetzt das Wasser gesperrt worden. Die Mieter haben ihre Miete gezahlt, aber sie werden dafür bestraft, daß der Vermieter (der nicht im Hause wohnt) die Zahlung des Wassergebühres unterlassen hat. Warum er mit der Zahlung im Rückstand geblieben ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Man begreift es, daß die Mieter über diese Zwangsmaßregel, deren Härte nur sie trifft, erregt sind. Gibt es für die Wasserwerke denn wirklich keine Möglichkeit, bei Zahlungsverzögerung das äußerste Mittel der Wasserabsperrung zu vermeiden? Unterbleiben sollte sie schon wegen der schweren Gefahr, die bei einem Wohnungsbrand aus dem Wassermangel entstehen kann. Auch die Gesundheitspflege leidet, wenn man die Hydrantenschaltung des Wassers erschwert.

Kindesandienung einer fünfzehnjährigen Mutter.

In der Mitte des Monats März fand eine Frau in einem Hause in Spandau in einem Korbe angeblich ein ausgelegtes Kind, neben welchem ein Zettel lag, auf dem in rührenden Worten gebeten wurde, für das arme Kind zu sorgen, da sich die Mutter in großer Not befinde. Das Kind wurde der Polizei übergeben und von dort einer guten Pflanzgasse zugewiesen. Alle Nachforschungen nach der Kindesmutter blieben erfolglos, bis jetzt Frau M. selbst, von Gewissensbissen gepeinigt, den wahren Sachverhalt aufdeckte. Die Mutter des Kindes ist die 15jährige Helene S. aus Spandau, die seinerzeit aus Angst vor ihrem Stiefvater ihren Zustand verheimlichte und bei einer Frau L. das Kind zur Welt brachte. Diese verpackte, den Säugling in einem Findelhaute unterzubringen und wollte, als ihr das nicht gelang, das Kind auf einer Treppe aussetzen. Dazu schickte ihr aber der Wit. da ihr das kleine Wesen zu leid hat. Da kam eines Tages die Frau M. zu der Frau L. und nachdem diese in die Situation eingeweiht worden war, beschloß die junge Mutter und die beiden Frauen, die Herkunft des Kindes zu verschleiern und es als einer Findling der Frau M. auszugeben. Den Begleitzettel hat die Frau L. geschrieben. Die drei „Verwandinnen“ werden sich demnächst vor dem Gericht zu verantworten haben. Und was geschieht mit dem Vater des Kindes, der es über sich gewarnt, eine fünfzehnjährige, also selber noch ein halbes Kind, ins Unglück zu stürzen?

Herbstbetrieb im Freibad Wannsee.

Im städtischen Freibad Wannsee sind die neuen Gaulich-Leiten, die von den Gemeindebehörden im Frühjahr genehmigt wurden, jetzt fertiggestellt. Die amtliche Uebergabe, die demnächst erfolgen soll, kommt gerade noch recht für den Herbstbetrieb. Trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit ist, wie jeder Wadefreund weiß, das Wasser in den Flüssen und Seen noch ziemlich warm. Daher kann man den Besuch des Freibades Wannsee und seiner neuen Strandanlagen nur empfehlen. Geplant ist übrigens, die Wirtschaft des Freibades auch für den Winterport nutzbar zu machen.

Zwei tödliche Verkehrsunfälle.

Vor dem Hause Wiener Straße 69 geriet die 57 Jahre alte Witwe Pauline Endach aus Alt-Moabit 55 unter die Räder eines Geschwagens und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Man transportierte sie nach dem Urban-Krankenhaus, wo sie bald nach ihrer Aufnahme verstorben ist. Die Schuldfrage bedarf noch der Aufklärung. — Der 13jährige Schüler Walter

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 6. September.
Tagessitzung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbüro. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
4.30—5.30 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle).
5.45 Uhr nachm.: Vortrag: Frieda Baumgarten über „Pflanz und Reinigung der Kleider“. 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Gonsor. 8.30—10 Uhr abends: Konzert der verstärkten Berliner Funkkapelle. 1. Ouvertüre zur Oper „Das goldene Kreuz“. Brill. 3. Romanze. Grünfeld. 4. Fantasie aus der Oper „Der Waffenschmied“. Lortzing. 4. a) Arie aus dem „Wildschütz“, b) Zarenlied aus „Zar und Zimmermann“, Lortzing. Heinrich Blasel (Große Volksoper, Berlin). 5. Morgonblätter (Walsor) Joh. Strauß. 6. Gebet und Tempeltanz aus Sigurd Jorsalvar. Grieg. 7. a) Trinklied aus „Hamlet“, Thomas. b) Liebeslied, Weingartner. Heinrich Blasel (Große Volksoper, Berlin). 8. A la bien-aimé. Valse. Schütz. 9. Potpourri aus der Operette „Dreimäderlhaus“, Schubert-Berndt. Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesschnitten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

Ulrich wurde vor dem Hause Adernstr. 58 durch einen Lastkraftwagen der Herdabril-Reform überfahren. Mit einem Schädelbruch schaffte man den Verunglückten nach dem Hubertus-Krankenhaus, wo aber nur noch der Tod festgestellt werden konnte.

Festnahme eines Taschendiebstahls.

Lebensgefährlicher Kampf mit einem Flederer.

Wie wir vor einiger Zeit berichteten, hatten die internationalen Taschendiebe besonders die Reichsbank und das Postfachamt als die geeigneten Beobachtungspunkte ausgewählt. Von hier aus folgten sie den Beuten, die Geld abgehoben hatten und die ihnen als Opfer am günstigsten erschienen. Die Kriminalpolizei beobachtete hier infolgedessen am eifrigsten.

Am Donnerstag mittag liefen den Beamten in der Reichsbankfiliale in der Riederwallstraße drei Leute auf, die anscheinend zusammen gehörten. Zwei von ihnen waren im Kassenraum und einer auf der Straße. Mäßig folgten sie ganz unauffällig einem Herrn, der seinen Geld abgehoben hatte. Die Kriminalbeamten eilten ebenfalls nach. Gemeinsam, aber nichts von einander ahnend, fuhren die drei Parteien mit der Utergrundbahn. Am Spittelmarkt verließen die Verdächtigen die Utergrundbahn und schritten eilig zum Stand der Autodroschken. Die Beamten waren ihnen gefolgt und konnten sie noch im letzten Augenblick fassen. Man fuhr gemeinsam zum Polizeipräsidium. Auf dem Hofe wurde der Wagen dann untersucht, und man fand unter die Fußdecke gestohlen 1700 M., die frisch gebürdet von der Reichsbank herrührten. Dieses Geld hatten die Diebe dem Herrn in geschickter Weise während der kurzen Fahrt mit der Utergrundbahn gestohlen. Alle drei sind schon wegen Taschendiebstahls verurteilt. Es sind ein gewisser Jozil Tessa aus Riga, ein Leon Perper aus Budapest und ein Andrej Kujewski aus Petrograd. Das Geld liegt für den Bestohlenen bei Kriminalkommissar Dr. Riemann im Polizeipräsidium bereit.

Bei derselben Dienststelle befindet sich noch eine tuisilberne Uhr, die am Donnerstag abend um 9 Uhr ein Beamter der Taschendiebstahlsstreife nach lebensgefährlichem Kampfe einem Taschendieb abgenommen hat. Die Uhr trägt die Nummer 215524. Die Verhaftung zeigt, wie so oft, daß das Publikum wenig oder gar nicht geneigt ist, die Beamten wirksam zu unterstützen. Der bestohlene Herr, wahrscheinlich mit dem Hamburger D-Zug um 9 Uhr abends am Berliner Bahnhof eingetroffen, stieg an der Rottebrücke auf einen Bogen der Linie 23. Da der Beamte einen bestimmten Taschendieb beobachtete, fuhr er ebenfalls mit der 23 mit. Auf der Fahrt konnte er nun sehen, daß sich der Dieb an den Reisenden herandrängte. An der Haltestelle des Uap stieg der Dieb aus, und der Beamte folgte ihm. Bei der Festnahme widerstand er sich der Gauner, nach einem kurzen Ringkampf aber war er überwältigt. Es hatten sich Passanten angesammelt und vier Herren erboten sich auch, dazu aufzufordern, den Dieb festzuhalten, da die Uhr nicht bei ihm gefunden werden konnte. Der Beamte suchte den Boden ab und fand sie dann auch. Inzwischen hatten die Herren den Flederer wieder losgelassen, der Miene machte, wieder zu flüchten. Doch der Beamte merkte es rechtzeitig und bedrohte ihn mit dem Revolver. Es kam abermals zu einem Kampf, bei dem fast ein sehlgewundener Schlag den Beamten selbst getroffen hätte. Erst drei des Weges kommende Reichswehrsoldaten sprangen dem Beamten bei und gemeinsam brachten sie jetzt den herfalsch gebauten Gauner auf die Wache.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Die Erziehung des Polizeiwachmeisters Steiner in der Dranienstraße hatte im Frühjahr dieses Jahres bekanntlich zu einem Todesurteil gegen die Täter, Kurt Goldbach und Hans Jande, geführt. Das Urteil, das damals noch vor dem alten Schwurgericht erfolgte, hatte außerordentliches Aufsehen erregt und zu lebhaftem Kritik Anlaß gegeben. Nunmehr sind Goldbach und Jande auf Antrag ihrer Verteidiger zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

Ungarische Sozialdemokraten! Sonntag, den 7. September, früh 10 Uhr.

Mitgliederversammlung bei Schulz, Eitelstraße, 30. Vortrag des Gen. Lindert über: „Die politische Lage“. Ungarische Gäste anderer Richtungen willkommen.

Die Ordner der proletarischen Feiertage werden gebeten, zu der am 7. September stattfindenden Jugendwoche im Großen Schauspielhaus früh 8 Uhr am bestimmten Treffpunkt vollständig zu erscheinen.

Für die Jugendwoche am Sonntag, den 7. September, im Großen Schauspielhaus sind noch Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für Erwachsene und 50 Pf. für Kinder im Jugendlehreramt, Berlin SW., Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Et., Zimmer 11 (von 9—4 Uhr, Samstagabend von 9 bis 3 Uhr) erhältlich.

Ein neuer Waldfriedhof. Im Gebiete des ehemaligen Gutsbezirkes Berlin-Heerstraße, und zwar an der Heißenbergallee — zwischen Bahnhof Kennbahn und dem Utergrundbahnhof Stadion — ist von der Preussischen Forstverwaltung ein eigener Friedhof mit ansehnlicher Kapelle gebaut worden, welcher nunmehr seiner Bestimmung übergeben werden soll. Der Friedhof kann zunächst aus seiner näheren Umgebung, darüber hinaus aber auch aus allen Teilen von Groß-Berlin in Anspruch genommen werden.

Truppenjaul In den nächsten Tagen finden, so schreibt die Presseabteilung der Reichsregierung, in der Gegend von Berlin Truppenübungen statt. Am letzten Mandvertage wird, falls es der Chef der Heeresleitung für angezeigt erachtet, möglicherweise ein Vorbeimarsch stattfinden. Mit einer „Schaufestung“ hat ein solcher Vorbeimarsch nicht das Geringste zu tun und zwar auch dann nicht, wenn ein privater Unternehmer Karten für eine von ihm auf eigene Gefahr errichtete Tribüne anbietet.

Hochwasserhäden auch an der Rahe. Die Oberruhr fährt schon von Wäheim ab Hochwasser. Von Arnsberg bis Freiendorf ist die Rahe über die Ufer getreten und überflutet weite Landstrecken. Roggen und Hafer stehen teilweise bis 50 Zentimeter im Wasser, auch sind die Kartoffelfelder überflutet. Trockene Erntebilder zeigt das Ruhrtal auch am mittleren und unteren Laufe des Flusses. An vielen Stellen gleicht das Tal einem See. Das Vieh mußte heringeholt werden, die Getreideernte ist bis zu 70 Proz. als verloren zu betrachten.

Uberschwemmungskatastrophe in Bulgarien. Infolge der starken Regengüsse während der letzten Tage gab es im Zentralgebiet Nordbulgariens und im Stato-Zagora-Bezirk (Südbulgarien) große Überschwemmungen. Die Eisenbahn- und Telegraphenlinien sind unterbrochen und zerstört. Der gesamte Schaden wird auf Hundert Millionen Lewa geschätzt.

Aus der Partei.

Der Vormarsch der dänischen Sozialdemokraten. Von den 75 Städten, die Dänemark umgibt, besitzen, antizipieren jetzt in 26, also einem guten Drittel, Sozialdemokraten als Bürgermeister. Außerdem sind von den fünf Bürgermeistern in Kopenhagen allein drei Sozialdemokraten. Die Wahlen der Bürgermeister erfolgen jeweils durch die Stadtverordnetenversammlung.

Geschäftliche Mitteilungen.

Grosser Brod in Goldes Wert! Das seit Jahrhunderten als das besten Rufes erachtete Unternehmern Rühl-Gebäck, Oden, Große Kranzbräu etc. 24 (3 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz), Kosten, Subst. 40—48 (3 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen), verkauft nur prima bearbeitete Weizen und Gerstebrot auf Kredit. Eine Verhüttung der Rühlmaschinengeräte kann Interessenten nur bestens empfohlen werden.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Bohème
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Violetta
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: König Nicolo
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Candida
Volksbühne
7 Uhr: Don Carlos

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
Cäsar u. Cleopatra
Voranzeige!
Dienstags, 9. > epibr.
7 Uhr
Neueinstudierung!
Sumurun
Kammerspiele
8 Uhr:
Fräulein Julie

Theater L. A. Hölzerstr. 39
Täglich 8 Uhr:
Was Sassenhiller Mühsal
Komödienhaus
Täglich 8 Uhr:
Mein Vetter Eduard

Berliner Theater
Tägl. 7.30:
Der süße Kavaller

Th. A. Nollendorfspl.
Tägl. 7.25 u. 9.15:
Gösta Berling, 2. T.

Mozartsaal
Tägl. 7 und 9 Uhr:
ROSITA

SO. U. D.
8 Uhr:
3 Stunden
allerbeste
Unterhaltung!

Teuerster
Platz
nur Mk. 6
Billigster
Platz
Mark 1

Sonntag 2^o, 2^o
halb. Preise das
volle Programm.

Internal
VARIÉTÉ

Rose-Theater
8 Uhr:
Meine Braut -
Deine Braut

Theater am
Kottbusser Tor
Täglich 8 Uhr u.
Sonnt. nachm. 3U.
Elite-
Sänger
Festhalten
Septembar-
Programm!

Reichshallen-Theater
Wieder täglich:
Stehtiner
Sänger
Anfang 8Uhr
Dönhoff-Brett!
Reichshallen-Saal und Garten
Gr. Spezial- Progr.
Anf. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 U.

Quittungs-Marken
Seit 40 Jahren Spezialität!
Conrad Müller,
Schkeuditz-Leipzig.

Große Volksoper im Theater
des Westens
7 1/2 Uhr: La Traviata

Komische Oper
Direktion: James Klein
7 1/2 Uhr Allabendlich 7 1/2 Uhr
Die gewaltigste und größte Komödie aller Zeiten:
Das hat die Welt
noch nicht gesch'n

Hilf! Mütter-Berband!
Wer mit der freigewerkschaftlichen
Mutterorganisation zu tun haben
will, der wende sich nicht an den in
der Kaiser-Wilhelm-Straße domizil-
ierenden „alt“ gerichteten Verein
Berliner Mütter, sondern wende sich
an den dem R.D.G.B. angeschlossenen
„Deutschen Mütter-Berband“. Die
Verwaltungsstelle der Berliner Orts-
gruppe dieses Verbandes befindet sich
S.W. 11, Bernburger Str. 30 (Fern-
sprecher: Händelstr. 647, 648), als
Vertebralokal dient den Mitgliedern
der Ortsgruppe der „Rosenthaler
Garten“, C. 54, Rosenthaler Str. 14
(Fernsprecher: Norden 4719). Bes-
tezeit: täglich 10-2 Uhr. (114/6)

2 Mark
wöchentl. Teilzahlung
Eleg. Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
Garantie für tadellosen Sitz u. Verarbeitung
Maßschneiderei J. Kurzberg
Oranienstraße 160, 1.

Geld
auf Warenposten jeder Art in jeder
Höhe. - Lombardhaus Wedding,
Müllerstr. 175. Telefon: Moabit 1632.
Von 9-3 Uhr.

Th. I. Admiralplatz
Täglich 8 1/2 Uhr:
die gr. Revue
„Noch und Noch“
2. Vert. in erste Besetzg.
3 1/2 u. 8 1/2 Uhr

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der Prophet
Intimes Th. 8 U.
auf sich im 1. Akt beim
Besuch im Bett etc.

Metropol-Theater
Leitz-Vorstellungen
8 U.: Mascottchen
Th. I. Kommand. Str.
8 Uhr:
Mister Glöckner
Operette v. O. Urack

Wallner-Theater
Tägl. 7, 8 Uhr:
Uriel Acosta
Lessing-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die große Revue:
Wien gib acht!

Ueb. 150 Mitwirkende
Karten 2-16 Mark
Kass. des ganzen Tag geöffnet!
Kleines Theater
8 Uhr: Der
Teufelsadvokat
Eine Casanovakom.
mit
Ferdin. Bonn

Trianon-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Erika Gläbner
in „Sie“
Komödie v. Relcke
Erich Kaiser-Tietz
Rudolf Lettinger

Central-Th. 7 1/2
Alte Jakobstr. 32
Dir.: Hans Felix
G'wissenswurm
Karl Ellinger, Sab. Müller,
E. Böck, Seiler-Stern, H. Loh,
Mittw. u. Sonnab.
3 Iphigenie 3

Wintergarten
Winstons
tauch. Seelöwen
u. tauch. Nymphen
sowie der
Sept.-Spielplan!
Sonnags nachm.
3 1/2 Uhr
halbe Preise!
Volles Programm
Rauchen gestattet!



Die beste Sparhilfe im Haushalt.
In jeder Verwendungsart wie beste Butter.
Immer frisch. Überall erhältlich.
Preis pro 1/2 Pfund nur 50 Pfg.

Man verlange beim Einkauf von „Rahma buttergleich“ gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco“.

Gegen den Brotwucher!

Der neu gegründete sozialdemokratische Metzgerbund hat in seiner letzten Sitzung beschlossene, folgende Resolution der Öffentlichkeit zu übergeben:

Zehn Jahre Hungersnot liegen hinter uns und schon wieder wird dem Proletariat, den Arbeitern, Angestellten und Beamten ein neuer Kampf um die Grundlagen ihrer Existenz durch die Mehrheit dieses Reichstages aufgezwungen. Schutz der heimatischen Produktion ist ihr Schicksal. Auszehrung und erneute Knechtschaft der werktätigen Bevölkerung die Wirkung dieser Politik. Verrauscht sind die Phrasen von der Volksgemeinschaft, die die Not gemeinsam zu ertragen habe.

Wieder hat das Massensterben im alten und im neuen Proletariat begonnen; die Not der Kinder steigt und steigt; die Tuberkulose fordert neue Opfer; Tausende und Zehntausende gehen wieder durch Erschöpfung zugrunde.

Aber der größte Teil der bürgerlichen Parteien duldet stillschweigend die gigantische ungeheuerliche Preissteigerung der wichtigsten Nahrungsmittel durch Schutzzölle.

Wo bleiben in diesem Kampf die Ärzte, die sich doch sonst immer als die allein berufenen Hüter der Volksgesundheit aufzuspielen belieben? Warum erheben nicht auch sie ihre Stimme gegen den erneuten Raubbau an der Gesundheit des Volkes? Dauernd predigt man, daß der Mensch der wertvollste, der unerschöpfliche Teil unseres Staatsvermögens sei, daß wir gerade infolge des Krieges mehr denn je Menschenökonomie zu treiben hätten. Vergessen haben diese Kreise ihre Klagen über Hungerblockade, über das Sterben der Säuglinge, über den Geburtenrückgang, denn es gibt, dem Großkapital und den Agrariern, den Stützen der bürgerlichen Gesellschaft ihre verlorene Vormachtstellung wieder in die Hände zu spielen.

Einführung der Schutzzölle bedeutet den Hungertod für Tausende von Proletariern. Nachdem der Kampf gegen den äußeren Feind verloren wurde, soll der innere Feind, die arbeitenden Klassen, durch die Inflation zermürbt, von den verbündeten Agrariern ausgehungert werden. Zwölf Millionen Deutsche wurden ein Opfer des Krieges und der Nachkriegszeit. Millionen steht der Hungertod bevor.

Die medizinische Wissenschaft aber und ihre Vertreter als nur allzu willige Diener der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft lassen stillschweigend neues Elend über Frauen und Kinder kommen. Die bürgerliche Metzgerorganisation, einzig im Kampf gegen die Sozialversicherung, fördert durch Stillschweigen diesen Zustand.

Um die neue Hungerblockade gegen die arbeitenden Massen durch diese deutschen Volksgenossen zu verhüten, erheben die Ärzte des sozialdemokratischen Metzgerbundes, die aus eigener Anschauung wissen, wie das Proletariat hungert, wie Säuglinge und werdende Mütter dahinsinken, ihre warnende Stimme. Es ist die geschichtliche Mission der sozialdemokratischen Partei, gestützt auf die Ergebnisse der Wissenschaft, den Kampf gegen die Ausbeutung in jeglicher Form mit aller Schärfe zu führen.

Schutzzölle bedeuten Sechstum und Tod des durch zehnjährige Entbehrungen entkräfteten Volkes. Wenn unser Wahnwitz unerhört verschallt, werden in kurzer Zeit Tausende von erkrankten Kindern durch die Schutzzöllpolitik der Agrarier und der Großindustrie zugrunde gehen als neue Opfer des deutschen Kapitalismus.

Der sozialdemokratische Metzgerbund.

Dr. Kofes. Dr. Wenl. Dr. Metz.

Deutscher Baugewerksbundestag.

Hamburg, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Vormittagsitzung des dritten Verhandlungstages werden die besonderen Aufgaben und das Zusammenwirken der Fachgruppen und die Bundesaufgaben beraten.

Bundesaufsichtender Baep'ow gibt zu diesen beiden Punkten Richtlinien, in denen sich die Beratungen zu bewegen hätten. Es dürfe bei den einzelnen Fachgruppen nicht die Stimmung aufkommen, daß sie nur ein geringer Teil der großen Organisation seien. Es wurden daher Anträge vorgelegt, die den Zweck haben, die Mitarbeit der Fachgruppen in allen Verbandsinstanzen in höherem Maße als bisher sicherzustellen.

In der Aussprache kommen zuerst die Obmänner der sieben Fachgruppen zum Wort. Betont wird von ihnen, daß die Entwicklung im Baugewerbe zur Spezialisierung dränge und dem müsse durch den Ausbau der Fachgruppen Rechnung getragen werden. Es wird dann über die einzelnen Fachgruppen im Sinne der von den Fachgruppentagungen vorgelegten Anträge berichtet. Bebauert wird, daß die Bauarbeiterjugend in ihren Bestrebungen bei den älteren Kollegen bisher nicht genügend Unterstützung gefunden habe.

Nach Abschluß der Ausführungen der Fachgruppenobmänner wird eine Kommission zur Durchberatung der Satzungsanträge eingesetzt und dann in die Mittagspause eingetreten.

In der Nachmittagsitzung wird die Aussprache von den übrigen Abgeordneten über dieselben Punkte fortgesetzt. Es kommen 24 Redner zum Wort. Die Aussprache ist außerordentlich vielseitig. Es werden die mannigfaltigen Organisations- und Agitationsfragen erörtert. Allgemein spricht man sich für die baldige Wiedereinführung der Unterstützungen aus. Sehr weit auseinander geht die Meinung über die Bewegungskraft der Fachgruppen. Besonders stark erörtert wird die Frage der Arbeitsverhältnisse der Tiefbauarbeiter, wobei u. a. verlangt wird, daß den Erdarbeitern unbedingt der gleiche Lohn wie den Bauhilfsarbeitern gezahlt werden müsse. Im allgemeinen wurde Einverständnis mit den Anträgen des Bundesvorstandes festgestellt und das gute Einverständnis betont, das zugleich als Warnung zum Anschluß für die noch fernstehenden Organisationen des Baugewerbes gelten müsse.

Ein Zwischenfall ereignet sich durch eine schriftliche Erklärung, die von mehreren Vertretern der sogenannten „Opposition“ abgegeben wird. Die Erklärung, daß die Unterzeichner auf eine weitere Beteiligung an der Debatte und Abstimmung verzichteten, da sie auf dem Bundestag doch durch Schlußanträge mundtot gemacht würden.

Bundesaufsichtender Baep'ow legt gegen diese Erklärung scharfe Vermahnung ein und wies sie unter dem Beifall der Mehrheit der Delegierten als beleidigend zurück. Im weiteren Verlauf der Debatte wird dann von den „Oppositionellen“ eine zweite Erklärung abgegeben, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß man keine Beleidigung der Bundestagung beabsichtigt habe und die erste Erklärung zurückziehe.

Nachdem noch zwei Jugendvertreter energisch für bessere Vertretung der Jugendinteressen eingetreten sind und gegen die Einwirkung der Arbeitsdienstpflicht gesprochen haben, wird die Aussprache vorläufig abgeschlossen, bis die Satzungscommission ihren Bericht erstattet hat. Mit allen gegen 19 Stimmen wird der grundsätzliche Beschluß gefaßt, daß, sobald die Klassenverhältnisse es erlauben, die Erwerbslosenunterstützung wieder eingeführt werden soll.

Nachdem eine Kommission zur Prüfung der Anstellungsbedingungen der Bundesangestellten eingesetzt ist, tritt eine Pause ein, da eine Abend-sitzung stattfinden soll.

Verbandstag der Buchdrucker.

Schluß der Donnerstagssitzung.

Hamburg, 5. September. (Eigener Drahtbericht.)

In der Aussprache wird allseitig die notwendige bessere Ausgestaltung der Lehrlingsabteilungen anerkannt. Anerkannt wird ferner die Tätigkeit der Lehrlingszentrale und der Inhalt des „Jungbuchdrucker“. Gefordert wird eine stärkere Beeinflussung der Berufsberatungsmänner durch die Gewerkschaften. Nach einem Schlußwort von Fülle wird nachstehende Entschließung angenommen:

„Die technische und wirtschaftliche Entwicklung im Buchdruckergewerbe macht es zur zwingenden Notwendigkeit, daß nach langen und gründlichen Vorarbeiten im Februar 1920 von den Tarifparteien in vollster Einmütigkeit beschlossene und vom damaligen Tarifamt der deutschen Buchdrucker am 1. Mai desselben Jahres in Kraft gesetzte Lehrlingsordnung für das deutsche Buchdruckergewerbe nun endlich bindendes Gesetz für alle Beteiligten wird. Da die Durchführung dieser Lehrlingsordnung an dem Widerstand gewisser Prinzipalstreife scheiterte, die sich auf der Lehrlingsordnung entgegenstehende Bestimmungen der Gewerbeordnung usw. beriefen, richtet der 12. ordentliche Verbandstag des Verbandes der deutschen Buchdrucker an die zuständigen amtlichen Stellen des Reiches und der Länder das dringende Ersuchen, mit unilichster Beschleunigung eine Aenderung der Gesetzgebung dahingehend herbeizuführen, daß die Durchführung der in Rede stehenden Lehrlingsordnung endlich ermöglicht wird.“

Angenommen wird auch die Entschließung über die Berufsberatung. Es folgen Berichte der Beschwerdekommision. Die von ihr getroffenen Entscheidungen werden bestätigt. Nach 9 Uhr werden die Verhandlungen auf Freitag vormittag 8 Uhr verlagert, wo in vertraulicher Beratung Tarif- und Lohnfragen behandelt werden sollen.

Der Vormittag des fünften Verhandlungstages war ausgefüllt mit der vertraulichen Beratung von Tarif- und Lohnfragen. Zum Beginn der Nachmittags-sitzung, in der der Vertreter des französischen Bucharbeiterverbandes G. Lloson den Verbandstag begrüßte, berichtete Schweinich vom Verbandsvorstand über den Bau des Verbandshauses. Die Ausbringung der Baufosten soll durch einen Extrabeitrag von 30 Pfennigen während der nächsten drei Quartale erfolgen. Für Extrabeiträge sollen die Mitglieder je einen Anteilsschein von 10 Mark erhalten, der im Laufe von 10 Jahren wieder eingelöst werden kann. In längerer Aussprache wird gegen das Projekt kein Widerspruch erhoben, nur über die Ausbringung der Mittel gehen die Meinungen auseinander. Schließlich läuft ein Antrag ein, daß der Verbandsbeitrag generell um 20 Pf. erhöht werden soll. Wenn aus der Erhöhung die Baufosten gedeckt werden können, sollen die 20 Pf. zur Einrichtung eines Kampffonds weiter erhoben werden. Dieser Antrag wird mit allen gegen vier Stimmen angenommen und damit das Projekt genehmigt.

Verbandsvorsitzender Seif berichtet sodann über die internationalen Beziehungen zu dem bevorstehenden internationalen Buchdruckerkongress. Seine Mitteilungen werden von dem internationalen Sekretär Verdun ergänzt, der über die Verhandlungen auf Anschluß der Verbände in England und Amerika berichtet. Der russische Verband habe bisher nicht den Nachweis erbracht, daß er in lokaler Weise mit den übrigen Verbänden zusammenarbeiten wolle. Ein im kommunistischen Sinne gehaltener Antrag aus Grunberg i. Schl. und Rudolstadt wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Es wird dann die „Stellungnahme zum A.D.B.“ beraten. Hierzu gibt Seif eine Einleitung, in der er leichtfertige Kritiken gegen den A.D.B. zurückweist und feststellt, daß das Zusammenarbeiten im Bundesausschuss sehr gut gewesen sei. In der Aussprache, in der zunächst erst Redner zum Wort kommen, werden besonders Hamburger und Bremer Anträge untertützt, die sich gegen die gegenwärtige Schlichtungsordnung aussprechen, da sie das Streikrecht illusorisch mache. Von einigen Rednern wird ausgeführt, daß der A.D.B. in der Frage des Achtstundentages nicht genügend Initiative entfaltet hätte. Gefordert wird, daß die Gewerkschaftsbildungsarbeit vom A.D.B. zentralisiert wird. Von mehreren Rednern wird energisch dagegen protestiert, den A.D.B. zum Scheitelpunkt für Dinge zu machen, für die der einzelne nicht gern verantwortlich sein möchte. Auf alle diese Dinge geht der Vertreter des A.D.B., Grahnmann-Berlin, ein, der zunächst ausführt, daß der Bundesausschuss des A.D.B. viel weniger Bewegungsfreiheit habe als irgendein Verbandsvorstand. Am Herzen liege dem Bundesausschuss die Zentralisierung der Bildungsbestrebungen. Hoffentlich beschließt der nächste Gewerkschaftskongress die Erhebung eines Kulturbeitrags. Der Redner geht dann im einzelnen auf die vorgebrachten Beschwerden ein und betont, daß der Bundesausschuss schon im vorigen Jahre auf die Gefahren der Verbindlichkeits-erklärungen aufmerksam gemacht habe. Abschließend erklärt Grahnmann, vielleicht seien die Gewerkschaften heute durch ihren geringen Massenbestand und verringerte Mitgliedszahl gefährdeter als vor etwa drei Jahren. Er fordert unter hartem Beifall, den Kampf gegen den wirtschaftlichen Gegner und nicht gegeneinander zu führen.

Um 5 1/2 Uhr tritt eine einstündige Pause ein, da eine Abend-sitzung stattfinden soll.

Die Buchdrucker-Internationale.

(I.G.B.) Einem Tätigkeitsbericht der Buchdrucker-Internationale über das Jahr 1923 entnehmen wir folgendes:

Im Laufe des Berichtsjahres ist die Mitgliederzahl der dem Internationalen Buchdruckersekretariat angeschlossenen Verbände wiederum etwas zurückgegangen. Währenddem sie 1922 infolge Rücktritts des Londoner Maschinenmeister- und Hilfsarbeiterverbandes von circa 125 000 auf 122 000 fiel, ist sie im Berichtsjahre abermals um etwa 6000 gesunken und betrug am Ende desselben noch ungefähr 116 000. Den absolut stärksten Rückgang hatte der Verband der Deutschen Buchdrucker zu verzeichnen, dessen Mitgliederzahl infolge des durch den Bolschewismus verursachten schärfsten Geschäftsganges von 72 976 auf 67 480 gesunken ist; die meisten dieser verlorenen Mitglieder wurden zum Berufswechsel gezwungen. (Zwischen ist die Mitgliederzahl wieder auf 70 000 gestiegen.)

Dann aber haben auch politisch starke Länder, wie Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz infolge der mifflischen Wirtschaftsverhältnisse Mitgliederverluste erlitten, wenn auch nicht in demselben Maße wie Deutschland. Hier verursachte die schärfste Konjunktur den Mitgliederverlust. Auch die Mitgliederzahl Oesterreichs ist etwas zurückgegangen.

Belgien, Frankreich, Luxemburg, Polen und die Tschechoslowakei dagegen haben ihre Mitgliederzahlen etwas zu erhöhen vermocht. Diese Zunahmen vermögen leider die oben erwähnten Verluste nicht zu kompensieren. Dazu ist noch eine Neuaufnahme zu verzeichnen, die des finnischen Buchdruckerverbandes mit circa 850 Mitgliedern. Im Vorjahre fanden auch zwei Verschmelzungen statt: in Oesterreich der Verband der Hilfsarbeiter mit dem der Facharbeiter, in der Tschechoslowakei der Mährische (Brüner) Verband mit dem Proger Verband. Hierdurch fiel die Zahl der angeschlossenen Verbände von 24 auf 22.

Das Sekretariat fordert die englischen Buchdruckerorganisationen zum Anschluß auf. Die spanischen und Sao-Pauler Verbände melden bereits ihre Eintrittsabsicht. Die Druckerorganisationen der kleinen russischen Grenzstaaten wollen sich ebenfalls anschließen.

Der englische Gewerkschaftskongress.

London, 5. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der englische Gewerkschaftskongress in Hull hat einstimmig die Antikriegsresolution angenommen, in der für den Fall eines drohenden Krieges die sofortige Einberufung eines besonderen Gewerkschaftskongresses vorgelesen ist.

Kürzlich fand in London unter der Leitung von Tom Mann, Mitglied des Vorstandes der Roten Gewerkschaftsinternationale, ein Kongress von Gewerkschaften statt, die sich als „die“ nationale Widerheit der englischen Gewerkschaftsbewegung bezeichnen. In letzter Zeit hörte man wohl hier und da von einem linken Flügel der englischen Gewerkschaften, von einer geschlossenen, organisierten oppositionellen Bewegung ist jedoch noch nie die Rede gewesen. Für die Organisierung dieser „nationalen Widerheit“ oder mit anderen Worten für diesen Versuch der Untergrabung und Zerschüderung der englischen Gewerkschaftsbewegung müssen die großen „Borkämpfer“ der „Einheitsfront“, d. h. die Russen verantwortlich gemacht werden. Nach der verhängnisvollen Wirksamkeit in Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei und anderen Ländern scheint sich nun Moskau speziell auf England zu werfen.

Da der Engländer im allgemeinen nicht sehr sprachkundig ist und die Führer und Arbeiter der englischen Bewegung demnach von vielen in betreffenden Ausführungen keine Kenntnis erhalten, besonders auch deshalb, weil sie sich mit den speziell ausgesuchten Redungen und Artikeln zufrieden geben müssen, die Moskau in gewissen englischen Zeitungen veröffentlichten läßt, muß es die englischen Kameraden überraschen, zu vernehmen, daß diese britische Nationale Widerheitskonferenz bis in alle Einzelheiten im Juli in — Moskau vorbereitet worden ist. Dies geht klar aus der im „Roten Gewerkschaftsbulletin“ Nr. 38 vom 24. Juli in extenso wiedergegebenen Rede Tom Manns am 15. Juli auf dem Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau hervor. In der gleichen Sitzung wurde von Kalinin, ebenfalls Vorstandsmittglied der I.G.B., ein vollständig ausgearbeitetes Programm für die Britische Widerheitskonferenz vorgelegt. Punkt 1 dieses Programms lautet: „Die Konferenz muß erstens ein nationales Zentrum des linken Flügels schaffen.“ (Da man offenbar befürchtete, daß das Wort „linker Flügel“ falsch interpretiert werden könnte, heißt es zur näheren Definition in Klammern: „d. h. der Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale“!) Das Programm setzt sich aus 12 Punkten zusammen, von denen der 7. wie folgt lautet: „Herstellung der engsten Verbindung mit der englischen kommunistischen Partei“ (die laut Angaben der Komm. Internationale von 1921—1924 von 10 000 auf 3000 Mitglieder zurückgegangen ist).

In den eingeleiteten Redungen finden wir kein Wort über die Finanzierung der Nationalen Widerheit. Ist das vielleicht wieder eine Einzelheit, deren Regelung Moskau überlassen wird?

Es ist sicher eine sehr interessante Erscheinung, daß im Moment, wo von den Kommunisten überall nach Einheit geliebt wird und man in Moskau behauptet, mit der Amsterdamer Internationale so gern zu einem Einvernehmen gelangen zu wollen, daß gerade jetzt, wo der Briefwechsel zwischen Amsterdam und Moskau wieder aufgenommen worden ist, unter der Leitung der I.G.B. in England eine nationale Widerheitsbewegung ins Leben gerufen wird, die nur eine Untergrabung der englischen Gewerkschaftsbewegung bedeuten kann. England war bis jetzt das Land, in welchem mehr als irgendwo die Gewerkschaftsbewegung stark und ungeteilt blieb und keine Verschärftheit der Glaubensbekenntnisse und politischen Ueberzeugungen Spaltungen verursachte. Gerade deshalb konnte sie auch für ihre Mitglieder so viel erreichen. In dem ersten Manifest, das die Widerheitsbewegung anlässlich des am 1. September in Hull eröffneten Britischen Gewerkschaftskongresses herausgab, heißt es u. a.: „Daß der Kongress zum ersten Male in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung einer starken und organisierten Opposition seiner eigenen Mitglieder gegen die bestehende Leitung gegenübersteht.“ Offenbar sind die Russen und ihr Anhang stolz auf das in England begonnene Zerschüttern. In Westeuropa nennt man dies „Spaltungstaktik“, in Russland „Einheitsfront“. Allerdings hat der englische Gewerkschaftskongress die Später gründlich ablaufen lassen.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Table with 4 columns: Date, Index Value, Date, Index Value. Rows include 25. Februar, 13. März, 17. April, 23. April, 30. April, 7. Mai, 14. Mai, 21. Mai, 28. Mai, 4. Juni, 11. Juni, 18. Juni, 25. Juni, 2. Juli, 9. Juli, 16. Juli, 23. Juli, 30. Juli, 6. August, 13. August, 20. August, 27. August, 3. September, 10. September.

Steigerung gegen die Vorwoche 0,9 Proz.

Die Lebenshaltungskosten, deren Steigerung im täglichen Leben seit längerem verspürt wird, zeigen damit zum ersten Male seit dem 30. Juli auch in der Reichsstatistik wieder eine Steigerung, die insbesondere auf die Verteuerung der Nahrungsmittel zurückzuführen sein dürfte.

Für den Durchschnitt des Monats August berechnet sich der Reichsindex in Gold auf das 1.14fache, gegenüber dem 1.10fachen im Durchschnitt des Monats Juli ergibt sich eine Abnahme von 1,7 Proz. Die Ernährungskosten allein betragen im Durchschnitt August das 1,22fache der Vorkriegszeit.

Landwirtschaftliche Genossenschaftengegen Rentenbank

Die Bestrebungen gewisser landwirtschaftlicher Kreise, die Rentenbank zu einem großen Agrarkreditinstitut mit staatlichem Privileg umzuwandeln, stoßen jetzt auf wachsenden Widerstand bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die im Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften vereinigten 30 Landes- und Provinzialgenossenschaftsbanken, welche die nach Ländern bzw. Provinzen organisierten zentralen Geldeausgleichstellen von über 25 000 landwirtschaftlichen Genossenschaften mit über 2 1/2 Millionen Einzelmitgliedern sind, haben in einer gemeinsamen Sitzung zur Frage der Begründung einer landwirtschaftlichen Kreditanstalt nach eingehender Beratung einstimmig wie folgt Stellung genommen:

Das Gesetz über die Liquidierung der Deutschen Rentenbank bedingt eine Aenderung der zeitigen Satzung der Rentenbank nur in demjenigen Vorchriften, die sich auf die Liquidation als solche beziehen. Es liegt kein Grund vor, in der landwirtschaftlichen Befragung des Aufsichtsrats und des Verwaltungsrats Aenderungen einzutreten zu lassen.

Die in § 9 des Gesetzes über die Liquidierung der Deutschen Rentenbank vorgesehene landwirtschaftliche Kreditanstalt muß mit unilichster Beschleunigung geschaffen werden. Die Erüdigung muß in einfacher, jede Ueberorganisation ausschließender Form erfolgen. Vor allem kommt es darauf an, eine weitere Zerschütterung in der Kreditgewährung und eine Verteuerung der Kredite selbst zu vermeiden. Im übrigen dürfen bei Durchführung aller in Frage kommenden Maßnahmen nur wirtschaftliche

